

rundschreiben
04/21



medico international

Über die Grenze

Wege der Flucht: polnische Ostgrenze,
Lesbos, Mexiko/Vom Verschwinden Afghanistans/
Covid: Dekolonisierung der Weltgesundheit

Titelbild: Ende Oktober ist die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze fatal.

Foto: REUTERS/Kacper Pempel

Fotos der Autor:innen: medico, Holger Priedemuth, Privat

Impressum

Herausgeber:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz, Christian Sälzer

Korrektorat: Silke Weidner

Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 04/21

- 4 **Editorial**
- 6 **Rückfall in den Nationalismus?**
Nationale Interessen satt gemeiner Verantwortung
- GRENZEN DICHT, UM JEDEN PREIS**
- 10 **In der Falle**
Polen ist überall: Die Abschottungspolitik der EU eskaliert
- 16 **Würde bewahren**
Im neuen Moria: Selbstorganisation gegen Zermürbung
- 18 **Ein ständiger Exodus**
Militarisierung und Migrationsabwehr in Mexiko
- 21 **Haftgrund Flucht**
Über die Kriminalisierung von Flüchtenden
- 22 **Afghanistan schreiben**
Dort wächst die Not, hier beginnt das Vergessen
- 25 **Von Kabul nach Kassel**
Eine gelungene Rettung und viele verweigerte
- 28 **Projekte Projektionen**
Libanon, Westsahara, Ägypten
- 30 **Der Terror der anderen**
Diffamierung palästinensischer NGOs durch Israel
- 35 **Im Ungewissen**
In Nordostsyrien droht eine erneute Eskalation
- 38 **Kein Weg zurück**
Sudans Zivilgesellschaft nach dem Militärputsch
- LEHREN AUS DER PANDEMIE**
- 40 **Eine Covid-Zukunft**
Was ändert ein globaler Pandemie-Vertrag?
- 44 **Eine Frage von Leben und Tod**
Die Weltgesundheit dekolonisieren
- 47 **Hoffnungszeichen**
Impferfolge in Brasilien, Bolsonaro in der Krise
- 49 **Frei erfunden**
[K]eine Wahl in Nicaragua
- 50 **Im Zentrum steht die politische Verbundenheit**
17 Jahre medico: Interview und Rückblick zum Abschied
- 54 **Wie der Fall der Mauer**
Restitution jetzt: Bénédicte Savoy im Utopischen Raum
- 56 **Bestellen & Verbreiten**
- 58 **Spenden & Stiften**

In dieser gebrochenen Welt fällt es immer schwerer, die Rettungsanker zu sehen. Doch es gibt sie weiterhin

Liebe Leser und Leserinnen,

noch nie war die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, so hoch wie heute. Zurzeit sind es etwa 84 Millionen. Etwa 0,005 Prozent von ihnen standen an der belarussisch-polnischen Grenze und wollten von ihrem Recht auf Schutz und ihrem Anspruch auf ein Asylverfahren Gebrauch machen. Die europäische Antwort: eine Sperrzone ohne Zutritt für Helfer:innen, illegale Zurückweisungen und Einsatz von Wasserwerfern bei Minusgraden, Stacheldraht und Kriegsrhetorik bis weit in liberale Kreise. 2016 musste sich selbst die AfD-Politikerin Beatrix von Storch noch dafür entschuldigen, dass sie vom Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete schwadronierte. 2021 scheint der Mainstream nicht mehr allzu weit entfernt davon zu sein. Europa dürfe sich nicht erpressen lassen, schreckliche Bilder an der Grenze müsse man aushalten, heißt es jetzt. Ein Vorgeschmack auf das, was uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erwartet.

Während wir uns über mehr Platz für Radfahrer:innen in den Innenstädten freuen und versuchen, gendersensibel und rassismuskritisch zu sprechen, werden um uns herum Mauern hochgezogen. Während wir uns ökologisch nachhaltig ernähren und keine Plastikstrohhalm mehr verwenden, wird der Kohleausstieg ein weiteres Mal verschoben. Und während wir uns bereits boostern lassen, haben in Afrika nicht einmal sieben Prozent der Menschen eine erste Dosis erhalten. Der Kontrast zwischen den Zonen des Wohlstands und denen des Ausschlusses, in denen „die Anderen“ leben, wird größer.

Er wird so groß, dass sich Thomas Rudhof-Seibert angesichts des Ausmaßes des Versagens des Westens und der Gewalt der Taliban und des Hungers, dem die Menschen in Afghanistan nun ausgeliefert sind, fragt, was man eigentlich noch darüber schreiben soll. Die Grenzzone zwischen „den Anderen“ und uns beleuchten die Beiträge des ersten Schwerpunkts dieses Heftes: Die auf Lesbos ansässige Journalistin Franziska Grillmeier war an der polnisch-belarussischen Grenze, meine Kollegin Anita Starosta hat das Moria-Nachfolgelager auf Lesbos besucht und unser mexikanischer Partner Rubén Figueroa berichtet von der Entrechtung und vom Widerstand der Migrant:innen auf der Landenge zwischen den Amerikas. Dass Terror niemals von einem selbst, sondern – genau – immer von den „Anderen“ ausgeht – da ist politisches Kalkül am Werk. Die Kontinuität dieser Figur beschreibt Riad Othman in seinem Beitrag über die Diffamierung unserer palästinensischen Partnerorganisationen.



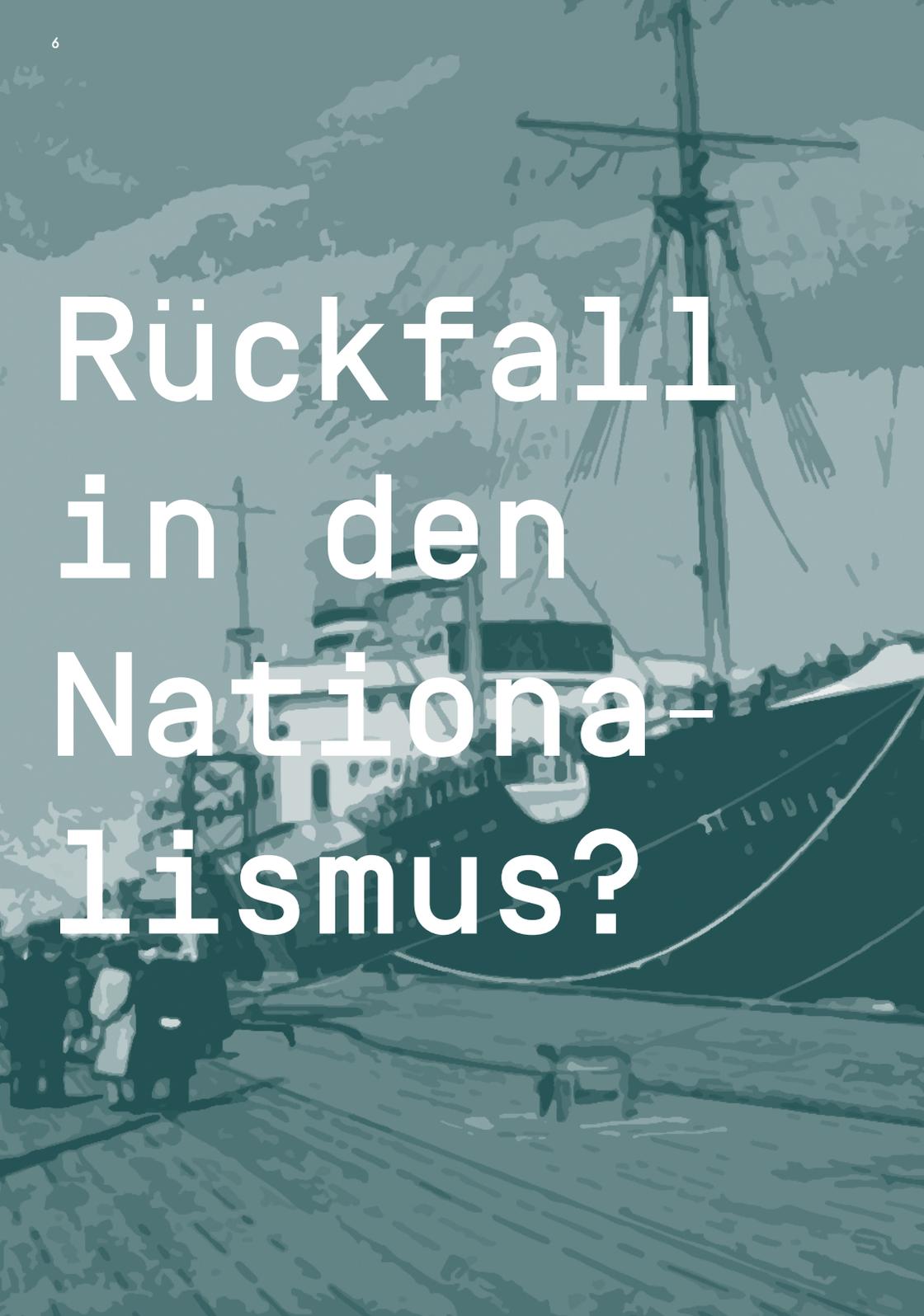
Moritz Krawinkel ist stellvertretender Leiter der Öffentlichkeitsabteilung, Rundschreiben-Redakteur u.v.m. An dieser Stelle schreibt er zum ersten Mal.

Über Mauern hinweg geht die Pandemie und zieht doch überall neue Gräben. In unserem Covid-Schwerpunkt setzen sich Andreas Wulf und Unni Karunakara kritisch mit den Plänen für einen Pandemie-Vertrag auseinander. Überraschend positive Nachrichten überbringt Antonio Martins aus Brasilien: Trotz regierungsamtlichen Sperrfeuers ist das gute alte öffentliche Gesundheitssystem noch wirksam und in der Lage, für hohe Impfraten zu sorgen. Und auch die Tage Bolsonaros an der Spitze des Staates könnten gezählt sein.

„Die Welt ist groß und Rettung lauert überall“, so formulierten wir 2018 zum 50-jährigen Bestehen medicos. In dieser gebrochenen Welt fällt es immer schwerer, die Rettungsanker zu sehen. Doch es gibt sie weiterhin. Davon zeugen auch die Beiträge dieses Hefts. Sie berichten von einer (Re-)Konstruktion der Welt, die zum Scheitern verurteilt ist und an der wir dennoch festhalten in unseren Kooperationen mit Partner:innen und in unserem Sprechen darüber. Denn sei es an der polnisch-belarussischen Grenze, in Nordostsyrien, Israel und Palästina, in Mexiko oder außerhalb von Afghanistan: Es geht ums Ganze.

Herzlichst Ihr

PS: Einen Beitrag zum Nachdenken über die Rolle der Subjekte in diesen Zeiten leistet die Psychosoziale Ringvorlesung „Turbulente Psyche[n]“, die zurzeit alle zwei Wochen montags stattfindet. Referent:innen aus sieben Ländern spüren den Verwundungen der Psyche infolge der Pandemie nach und begeben sich auf die Suche nach neuen Formen der Subjektivierung. Das Programm finden Sie auf www.medico.de/turbulenzen.



Rückfall in den Nationalis- mus?

Wer jetzt in nationalen Interessen denkt,
stärkt einen autoritärer werdenden Staat
und eine Politik, die keine Schneisen in
die Zukunft schlägt

Von Katja Maurer

Mütter, Schwangere, Kinder irrten durch den Wald. Sie seien fast unsichtbar, schalteten bewusst ihre Taschenlampen aus. Die Menschen hätten Angst vor dem Militär, polnisches oder belarussisches. Es mache Jagd auf sie, schlage auf sie ein. Zur Grenze hin oder weg von der Grenze. Unvorstellbare Szenen würden sich dort abspielen, die größte Krise seit 1989. Das sagt Hana Machinska, die polnische Vizekommissarin für Menschenrechte. Sie ist eine der wenigen unabhängigen Personen, die noch in das polnisch-belarussische Grenzgebiet gelassen werden. Journalist:innen und Hilfsorganisationen wird zwischenzeitlich der Zugang versperrt. Zeug:innen eines völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Vorgehens gegen Geflüchtete sind unerwünscht. Gerade erfror ein einjähriges Kind. Ohne Worte.

In der Dramatik der Situation scheint ein kleines Licht auf. Man ist sich der Unterstützung durch die Öffentlichkeit für diese Fluchtabwehrpolitik nicht sicher. Bilder von Menschen, die mit ihren Familien auf der Suche nach einem würdigen Leben sind, eignen sich nicht als Beweis für die angebliche hybride Kriegsführung. Da hilft der Obrigkeit nur, das Zeugnis zu verweigern. In diesen Tagen entscheidet sich an der Einrichtung eines Korridors für die Menschen an der Grenze, ob Deutschland wenigstens noch in Spuren für die europäischen Werte steht, die es so gern reklamiert.

Autoritäre und polizeiliche Ordnung

Eben diese Werte wurden schon in Afghanistan preisgegeben. Der Rückzug des Westens ist nicht nur wegen der Erbärmlichkeit, mit der gerade Deutschland all die zurückgelassen hat, in deren Namen der Feldzug angeblich geführt wurde, eine Zäsur. Es gibt nun, wie es der Politikwissenschaftler Herfried Münkler schreibt, auch keinen Hüter der bis dato liberalen/neoliberalen Weltordnung mehr, der die Universalität der Menschenrechte zumindest per Deklaration in den eigenen Interventionismus einpreist. Mag das immer schon vergeblich, naiv oder heuchlerisch gewesen sein – es gab eine rhetorische Instanz, auf die man sich auch in der Kritik berufen konnte. Stattdessen erleben wir in rasender Geschwindigkeit einen Rückfall in nationalstaatliches Denken und Ordnungspraktiken, die in ihrem Glutkern autoritär und polizeilich gedacht sind. Die Bewältigung der Covid-Pandemie und die Fluchtabwehr gehen hier Hand in Hand. Ganz offensichtlich ist das an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze. Dort begründet die US-Regierung ihre allgemeine Abwehr der Geflüchteten ohne Anhörung ihrer Fluchtgründe mit der Pandemie-Bekämpfung und entsprechenden Sondergesetzen. Damit ist die Spaltung, die die individualisierte Covid-Bewältigungsstrategie ohnehin schon hervorgerufen hat, in andere Politikfelder hinübergewan-

dert. Die europäische Fluchtabwehr hingegen setzt zunehmend auf ein System von zweierlei Recht. Neben den Geflüchteten kann nun auch alles, was in den Ruch der Fluchthilfe gerät, und sei es die naheliegendste samaritanische Mitmenschlichkeit, juristisch verfolgt werden und wird es auch.

Die Außenverlagerung der Grenzen, die Imagination, dass es den privilegierten Ländern gelingen könnte, die Ankunft von Flüchtenden vollkommen zu unterbinden, das Schaffen von rechtsfreien Räumen, an denen sich das Recht durch maßlose Urteile beteiligt – all das sind keine neuen Entwicklungen. Das Maß aber, in dem sich die Idee von einer multipolaren Welt, die auch gemeinsame Verantwortungsstrukturen braucht, verflüchtigt und in einen Interessennationalismus auflöst, droht sich in einem Unmaß weiter zu verfestigen. Es lässt sich an den Koalitionsverhandlungen in Deutschland ablesen, in denen Außenpolitik nicht mal mehr einen Nebenschauplatz darstellt. Dass eine globale Verantwortung Deutschlands ein Umdenken in der Entwicklungspolitik erfordert, blenden die Koalitionäre so weit aus, dass sie sogar über deren Abschaffung nachdenken. Globale Verantwortung reicht offenbar bis in das linksliberale Milieu hinein nicht weiter als bis zum nächsten Öko-Siegel. Doch in dem Maße, wie die Erde an vielen Orten unbewohnbarer wird, ist die Behaglichkeit, mit der rot-grün-gelbe Wähler:innen den Neonationalismus als pragmatische Lösung auszuhalten drohen, eine Form gefährlicher Ignoranz.

Das Universelle in der Flucht

Die Suche um Aufnahme der Abertausenden an den Grenzen der reichen Länder erinnert an die Irrfahrt von 973 deutschen Juden und Jüdinnen auf der St. Louis, die 1939 die Küstenstädte Amerikas abfahren und vergeblich um Aufnah-

me baten. Fast niemand der Fliehenden überlebte damals. Die St. Louis ist zum Sinnbild für die Katastrophe von Flucht und ihre Abweisung geworden. Hannah Arendt verstand schon damals, dass das, was Jüdinnen und Juden erlebten, allen, die sich zu Flucht veranlasst sehen, widerfahren kann. Sie sah schon das Universelle in der Flucht und wandte sich gegen einen Nationalismus, der auf einem Staatsvolk basiere und dessen Grenzen der Staat verteidigen müsse. Die alten Nationalstaaten taugten nicht länger, so Arendt, als Lösungsmodell für die Flüchtlingsfrage. Jede Politik steht also vor der Aufgabe, jede Form der Fluchtabwehr, die die demokratische Verfasstheit der Länder und das ethische Selbstverständnis fundamental untergräbt, aufzugeben. Wie die polnische Ombudsfrau für Menschenrechte Hana Machinska dies klar und unmissverständlich ausdrückt: „Mauern sind keine Lösung. Deine Lösung sind ordentliche Verfahren.“ Alles andere als die bedingungslose Aufnahme der Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze wäre ein Versagen der Menschlichkeit.

Flucht und Covid – Parallelwelten

Was für die Flucht gilt, gilt – wie alle wissen – für die Klimakatastrophe und die globale Gesundheitskrise gleichermaßen. Nationales Denken bietet hier keinerlei Zukunftsentwurf. Gerade in der Covid-Krise lassen sich einige Phänomene ausmachen, die Parallelen mit der Fluchtfrage aufweisen. So wie der Staat sich nationaler denkt, so denkt er sich offenbar auch autoritärer.

An dieser Stelle wurde schon einmal bemängelt, wie wenig demokratische Ideen in der Covid-Bewältigung vorliegen, die sonst doch das A und O einer nicht kontrollierend gedachten Präventionsstrategie darstellen. Die offizielle Covid-Strategie ist hingegen zugleich autoritär

und neoliberal, überlässt alles dem und der Einzelnen und lässt sie so im Stich. Statt Räume der Vernetzung und des Austausches zu schaffen, in denen von unten gemeinsam über Strategien nachgedacht wird, wie Gesundheitsschutz und öffentliches wie kulturelles Leben stattfinden kann, setzt man auf ökonomischen Druck. Dass

Die Behaglichkeit, mit der rot-grün-gelbe Wähler:innen den Neonationalismus als pragmatische Lösung auszuhalten drohen, ist eine Form gefährlicher Intoleranz.

es keine demokratische, auf vielfältige Formen setzende Strategie des Gesundheitsschutzes möglichst für alle gibt, sondern nur eine biomedizinische Variante, an der ungeheuer viel Geld verdient wird, schürt das Misstrauen verständlicherweise. Das aber ist keine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Einschränkung der Pandemie. Dass die deutsche Politik die Interessen der Pharmaindustrie weltweit vor den Gesundheitsschutz der Menschen setzt, erhöht dieses Misstrauen noch. Ob eine neue deutsche Regierung aus diesem fundamentalen Scheitern lernen wird? Zweifel sind mehr als angebracht. Stattdessen legen sich die Pandemie, ihre Debatten und Spaltungen auf alle Räume des Politischen wie Mehltau.

Mit dem Torpedokäfer wider den Status quo

Hoffen lässt sich also nur auf die, die sich wie Franz Jungs Torpedokäfer mit der unerträglichen Wirklichkeit der Spaltung zwischen Rechte Besitzenden und Rechtlosen nicht abfinden

wollen und immer wieder gegen die Mauer des Status quo anrennen. Dazu gehören die Bewohnerinnen und Bewohner im polnisch-belarussischen Grenzgebiet, viele von ihnen Wähler:innen der rechten PiS, die Laternen in ihre Fenster stellen, um zu signalisieren: Hier kannst du Brot und Obdach finden. Der Ethos der Kohabitation, den die Soziologin Sabine Hark als einen sich immer neu entwerfenden beschreibt, zeigt sich überraschend in einer revoltierenden polnischen Zivilgesellschaft, die sich so vorher noch nicht kannte.

Dazu gehört aber auch jemand wie der Gouverneur von Massachusetts, Charlie Baker. Er schrieb einen offenen Brief an Präsident Biden, in dem er einen rechtlichen Status für die haitianischen Geflüchteten forderte, die es trotz der Massenabschiebungen in die Vereinigten Staaten und das schöne Massachusetts geschafft haben. Unterwegs kamen vielen die Dokumente abhanden, ohne die sie nun keine Hilfen bekommen können. Baker schrieb gegen alle verleumdenden und rassistischen Zuschreibungen über Geflüchtete Folgendes: „Massachusetts ist stolz darauf, Einzelpersonen und Familien, die Asyl und Zuflucht bei uns suchen, zu empfangen. Ich werde alles dafür tun, diesen Familien ein Leben in Würde zu ermöglichen.“ Wer die Unordnung dieser Welt begreifen und darin handeln will, kann das nur ausgehend von solchen gegen den unheimlichen Konsens des Machbaren gerichteten Taten und Sätzen tun. Von jetzt an, heißt es in einer aktuellen Flugschrift, zählt nur noch das Unmögliche.



Katja Maurer freut sich jedes Mal aufs Neue, wenn es der internationalen Autor:innenschaft des Rundschreibens gelingt, die Welt und ihre Verwerfungen durchzuarbeiten und etwas Licht in die verstörende Wirklichkeit zu bringen.

In der Fall

An den Grenzen entscheidet s
zwischen Humanismus oder Bar



le

ich Europa barei



Eine irakische Familie, von der Polizei gestellt nach dem Grenzübertritt nach Polen.

An der polnischen Ostgrenze sterben Menschen und der migrationspolitische Zynismus eskaliert – wie vielerorts entlang der EU-Außengrenze

Von Franziska Grillmeier

„Wo wollen Sie hin?“, fragt der polnische Grenzpolizist. „Hier fängt die Sperrzone an. Kriegszustand.“ Nur zwei Dörfer entfernt stecken an diesem Herbstmorgen noch immer 32 afghanische Geflüchtete auf Pappdeckeln und Plastiktüten auf dem bewaldeten Grenzstreifen zwischen Polen und Belarus im Schlamm fest. „Presse“, sage ich und zeige meinen Ausweis durch die Autoscheibe. Dabei kenne ich schon die Antwort. Seit Anfang September darf niemand die Sperrzone betreten – ausgenommen polnische Soldaten und die Einwohner der 183 Grenzorte. Journalistinnen und Journalisten müssen draußen bleiben, genauso wie Ärzte und Anwältinnen. Dabei leben seit Monaten Hunderte Geflüchtete ohne rechtliche Beratung, medizinische Versorgung, ausreichend Wasser oder Essen auf dem über 400 Kilometer langen, bewaldeten Grenzstreifen. Die meisten eingekesselt zwischen belarussischen und polnischen Grenzschildern. In den vergangenen Wochen wurden acht Menschen, aufgrund von Erfrierungen und Unterversorgung, tot im Wald aufgefunden. Und die Temperaturen im Grenzwald fallen immer weiter unter null.

Seit diesem Sommer holt der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko gezielt Geflüchtete ins Land, um sie in Richtung Litauen oder Polen weiterzuschicken und damit Druck auf die EU auszuüben. „Wir Migranten sind die Fenster, durch die die Einheimischen die Welt sehen können“, schrieb der Medientheoretiker

Vilém Flusser in seinem Buch „Von der Freiheit des Migranten“, das bei dieser Recherche neben mir auf dem Autositz liegt. Er beschreibt darin Migration als einen kreativen Prozess: „Die Heimat des Heimatlosen ist der Andere.“ Doch was passiert, wenn keine Begegnung mit dem „Anderen“ mehr möglich ist? Wenn flüchtende Menschen als politisches Druckmittel eingesetzt und an den europäischen Grenzen immer gewalttätiger zurückgedrängt werden und die Ränder der Peripherie, die Fluchtlager und Haftanstalten, in denen Geflüchtete oft jahrelang ausharren, immer unzugänglicher werden?

Das Zeichen: Abschottung

„Wir werden nicht zulassen, dass Polen zu einer weiteren Route für den Massenschmuggel von illegalen Migranten in die Europäische Union wird“, sagt der polnische Innenminister Mariusz Kaminski Anfang September, als immer mehr Menschen den Bialowieza-Urwald erreichen und dort wochenlang in lebensgefährlichen Zuständen feststecken. „Würden wir den Menschen Asyl gewähren und sie nicht im Wald erfrieren lassen, wäre das ein stärkeres Zeichen für Polen“, sagt hingegen die EU-Parlamentarierin Janina Ochojska, „es würde Lukaschenko den Wind aus den Segeln nehmen“. Doch die polnische Regierung reagiert, wie auch Griechenland oder Kroatien, mit dem

Bau eines 100 Kilometer langen Grenzzauns und der systematischen Zurückweisung der geflüchteten Menschen auf belarussisches Gebiet. Und sie schickt Tausende Soldaten und Soldatinnen ins Grenzgebiet.

Ich starte meinen Motor, um an der Straßensperre vor dem Dorf Usnarsz Gorny zu wenden. Da dreht sich der Polizist noch einmal um und klopft auf meine Motorhaube: „Kofferraum öffnen“, sagt er. Kurze Zeit später steht er vor einer Müslipackung, Bergstiefeln und drei Flaschen Wasser. Die darf ich transportieren. Würde ich eine geflüchtete Person mitnehmen, hätte ich mich strafbar gemacht. In diesen Tagen wird mir klar, wie groß die Verunsicherung der Bevölkerung ist, die immer wieder auf entkräftete und schwer kranke Menschen trifft, die es doch aus der Sperrzone geschafft haben. Ab wann wird Nothilfe strafbar? Am nächsten Tag stehe ich auf dem Hof eines Viehbauern. „Meine Schwester hat ein paar Geflüchtete am Waldrand gefunden“, sagt er. Sie habe ihnen frische Kleider und Wasser gegeben. Dabei rief sie ihn immer wieder an. Er versicherte, dass sie nichts Illegales tat. Nur Geld dürfe man nicht annehmen oder sie im Auto zum Krankenhaus transportieren. „Es ist eine verflixte Sache.“

Rechtliche Parallelwelt

Sechs Jahre nach dem Höhepunkt der sogenannten Fluchtkrise setzten die Europäischen Mitgliedstaaten vor allem auf eines: Abschreckung. Nicht nur in Polen oder in Griechenland, auch am Grenzübergang zu Kroatien oder an der italienisch-libyschen Seegrenze. Allein im letzten Jahr soll es laut dem Danish Refugee Council (DRC) an der bosnisch-kroatischen Grenze zu über 16.000 illegalen Pushbacks von kroatischen Grenzschützern gekommen sein, darunter 800 Kinder, die keine Chance bekom-

men, einen Asylantrag zu stellen. 60 Prozent dieser dem Völkerrecht und dem EU-Recht widersprechenden Pushbacks verlaufen gewalttätig: Maskierte Männer und Grenzbeamte treten auf Geflüchtete ein, setzen Schlagstöcke und Elektroschocks ein.

Auch auf den griechischen Inseln häufen sich die Menschenrechtsverletzungen. Immer mehr Journalistinnen, Zivilisten und Touristinnen berichten von maskierten Männern, die auf Motorrädern den Norden der Insel Lesbos patrouillieren, nachdem ein Boot durch die Abgrenzung der griechischen Küstenwache gebrochen ist. Nach ausführlichen Recherchen konnte nachgewiesen werden, dass diese Pushbacks systematischer werden. Schon im Frühling registrierte das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR „mehrere Hundert“ mutmaßliche Pushbacks.

Für diejenigen, die es noch durch die Grenzkontrollen schaffen, bleibt in den Hochsicherheitslagern auf den griechischen Inseln, in den Haftanstalten in Polen oder in den isolierten Fluchtheimen in Kroatien meist nur das Warten ohne Ziel. In Griechenland allein sitzen im Moment 2.400 Menschen in Abschiebeanstalten fest, ohne zu wissen, was mit ihnen geschehen soll. Auch hier hat die Presse keinen Zugang. Aus einer humanitären Krise, die Tausende Menschen 2015 aus Syrien, Afghanistan und dem Irak in Richtung Europa fliehen ließ, wurde eine europäische Wertekrise. An den Grenzen ist eine rechtliche Parallelwelt entstanden, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit existiert und durch die gezielte Verunsicherung der lokalen Bevölkerung und Kriminalisierung humanitärer Hilfe möglich gemacht wird.

Letzte Woche erzählte mir eine Freundin beiläufig in einer Bar in der Hafenstadt von Lesbos, dass eine Freundin einige Tage zuvor einen durchnässten Mann mit seinem Rucksack

in ihrem Vorgarten gefunden habe. Sie habe sie erschreckt angerufen, weil sie nicht wusste, ob sie ihm helfen durfte oder deshalb des Schmuggels angeklagt würde. Schlussendlich habe sie ihm nur den Weg zum Flüchtlager gezeigt und eine Flasche Wasser mitgegeben. Sie macht eine Pause, dann sagt sie: „Eigentlich habe ich mich in diesem Moment gefragt, ob ich mich schuldig mache, wenn ich einen Menschen menschlich behandle.“ Das ist das Ergebnis einer europäischen Politik, die in ihren Anstrengungen, die Grenzen vor Flüchtenden zu verschließen, die Genfer Flüchtlingskonvention immer weiter aushebelt, und deren Vorstellung von Recht und Unrecht immer kafkaeskere Blüten treibt.

Kriminalisierung der Hilfe und der Flüchtenden

Schon vor drei Jahren wurden der deutsch-irische Seenotretter Seán Binder und die syrische Schwimmerin Sarah Mardini des Menschen schmuggels, der Spionage und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt, nachdem sie über ein Jahr lang Erstversorgung für Geflüchtete an der griechischen Küste geleistet hatten. Trotz dünner Beweislage mussten Binder und Mardini drei Monate in Haft verbringen, bevor sie kurz vor Weihnachten, im Dezember 2018, mit einer Kaution freikamen. Demnächst soll ihr Prozess in Mytilini stattfinden. Er könnte theoretisch mit einem Urteil über 25 Jahre Haft enden. Doch nicht nur die Seenotrettung wird zunehmend kriminalisiert, auch die Flüchtenden selbst werden in immer drastischeren Prozessen in Griechenland zu langen Haftstrafen verurteilt (siehe auch S. 21). Auf Lesbos wurde ein Somalier in diesem Sommer zu 142 Jahren Haft verurteilt, weil er das eigene Flüchtlingsboot auf die Insel gesteuert hatte. Im Februar wurde eine 26-jährige Afghanin, noch im Krankenhausbett von

Mytilini liegend, von der Staatsanwaltschaft der Brandstiftung angeklagt, nachdem sie sich im Februar aus Verzweiflung in ihrem Zelt angezündet hatte.

Die eigentliche Erfahrung der Flucht und Vertreibung zählt hier nicht mehr. Dabei sind es die Menschen, die von all diesen politischen Entscheidungen betroffen sind und jeden Tag Wege finden müssen, in diesem System zu überleben. Sie treiben tagelang auf rostigen Frachtern in der Ägäis, ohne evakuiert zu werden; sie bleiben in Abrisshäusern zwischen Kroatien und Bosnien zurück, wo sie Glühbirnen aus der Fassung drehen, damit die Polizei sie nicht sieht und sie versteckt mit Journalisten und Fotografinnen sprechen können; sie backen Brot in den Böden des verbrannten Flüchtlagers Moria, da es für sie Selbstbestimmung bedeutet, das eigene Essen zu kochen; sie unterrichten ihre Kinder in durchnässten Schlafsäcken zwischen Grenzschützern oder sie werden heimlich in den Kellern von polnischen Viehbäuerinnen versorgt. Sie zahlen einen hohen Preis, weil sie in Europa Hoffnung suchten. Die europäische Erzählung, die doch für sich Demokratie und Menschenrechte beansprucht, wird an den Außengrenzen neu geschrieben. Dafür müssen wir eben jenen zuhören, die an ihre ursprüngliche Version glaubten.



Franziska Grillmeier lebt als freie Journalistin auf der Insel Lesbos. Im Fokus ihrer Arbeit steht die Erfahrung von Flucht und Vertreibung, Gesundheitsversorgung in Krisengebieten und die Europäische Migrationspolitik. Für ihre Recherchen ist sie von Deutschland bis in den Nahen Osten unterwegs.

SOLIDARITÄT IM HANDGEMENGE

Hilfe für Geflüchtete an der polnisch-belarussischen Grenze

Von zwei Armeen werden Menschen, die Schutz suchen, in den Wäldern entlang der Grenze hin- und hergetrieben: Zwischen Belarus und Polen spielt sich die nächste menschenrechtliche und humanitäre Katastrophe der europäischen Migrationspolitik ab. Die EU macht dicht, um jeden Preis.

Menschenrechte und Solidarität verteidigen allein die Initiativen der polnischen Zivilgesellschaft. medico unterstützt die Helfer:innen des polnischen Netzwerks Grupa Granica („Grenze“). Die Aktivist:innen verteilen Essenzielles wie Decken, Nahrung oder Powerbanks und leisten ambulante medizinische Versorgung. Anwält:innen leisten juristischen Beistand für die Angehörigen von Todesopfern, helfen bei Asylanträgen und beraten für den weiteren Weg. In Planung ist außerdem ein Krankenwagen, mit dem Ärzt:innen direkt medizinische Hilfe leisten können.

Statt Zäunen und Soldaten braucht es freien Zugang für Helfer:innen, einen humanitären Korridor für die Geflüchteten, ihre Aufnahme in Europa und sichere Fluchtwege.

Für die Nothilfe und Menschenrechtsarbeit an Europas Grenzen bitten wir um Ihre Spende unter dem Stichwort: Flucht & Migration.



PUSH BACK EUROPA

Auch in der aktuellen Folge des medico-Podcasts geht es um Grenzpolitik der EU. Darin u.a. Gespräche mit einer Aktivistin der Grupa Granica über die Situation im polnischen Grenzgebiet (siehe oben) und der Journalistin Franziska Grillmeier (siehe links) über die zunehmende Kriminalisierung von Fluchthilfe und Geflüchteten.

GLOBAL TROUBLE – zu hören auf www.medico.de/podcast, auf Spotify, iTunes und überall, wo es Podcasts gibt.

Würde bewahren

Im Lager auf Lesbos bleiben 3.200 Geflüchtete festgesetzt. Sie organisieren sich selbst

Es war als Übergangslager gedacht. Das alte Militärgelände bei dem Küstendorf Kara Tepe (türkisch für „schwarzer Hügel“) liegt nur zehn Minuten von Lesbos' Hauptstadt Mytilini entfernt. Zwei Wochen nach dem Brand des berühmten Flüchtlingslagers Moria in der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 wurden Tausende Menschen hierher evakuiert. Das Versprechen der EU-Kommissarin Ylva Johansson „No more Morias“ ist damit jedoch nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil: Den Bewohner:innen des Lagers steht nun der zweite Winter in Kara Tepe bevor und die Lebensbedingungen sind schlecht. Davon können wir uns ein Jahr nach dem Brand von Moria bei einem Besuch auf Lesbos selbst ein Bild machen.

Zurzeit leben noch etwa 3.200 Menschen im Lager, die meisten stammen aus Afghanistan. Fast alle stecken in Asylverfahren fest und hoffen auf eine Anerkennung (oft haben sie schon mehrere Ablehnungen hinter sich), um die Insel endlich verlassen zu können. Im Lager sind wir mit Raed, Omid und Asif verabredet. Sie sind die Teamleiter der drei selbstorganisierten Geflüchteten-Initiativen Moria White Helmets, Moria Academia und Moria Corona Awareness Team, die von unserer griechischen Partnerorganisation Stand by me Lesvos unterstützt werden. Schon im alten Moria hatten sich Geflüchtete zusammengefunden und dort mangels Hilfe von außen Infrastruktur, Bildung und Corona-Prävention selbst organisiert. Im „neuen Moria“ stehen sie unter stärkerer Kontrolle von Polizei und Lagerverwaltung.

Die Zusammenarbeit funktioniert

Als wir bei der Werkstatt der White Helmets und des Awareness Teams ankommen, hat sich vor dem provisorischen Verschlag eine lange Schlange gebildet: Menschen mit Säcken voll leerer Plastikflaschen warten geduldig, bis Mitarbeiter:innen im Austausch Saftpakete verteilen. Aufgrund der Lebensmittelversorgung ist der Plastikmüll im Lager enorm, ein Entsorgungssystem gibt es nicht, erklärt uns Raed. Seitdem das Team im Tausch gegen leere Plastikflaschen Lebensmittel anbietet, ist es im Camp sauberer geworden. Die gesammelten Flaschen werden auf einem kleinen Laster zu einer Deponie gebracht, bis zu 15.000 Stück an einem Tag. „Wir leben hier, also kümmern wir uns auch um diesen Ort. Wenn Europa uns unserem Schicksal überlässt, dann nehmen wir es eben selber in die Hand. So erhalten wir wenigstens unsere Würde“, sagt Raed, während er uns die kleine Werkstatt zeigt. Eine Frau lässt gerade einen Kinderwagen reparieren, der oft auch als einfaches Transportmittel dient. „Es ist so viel Wissen unter uns vorhanden – egal, wo die Leute herkommen, die Zusammenarbeit funktioniert gut“, erklärt Raed.

Über hundert Geflüchtete helfen ehrenamtlich bei den Moria White Helmets und dem Corona Awareness Team mit. Durch ihre Aktivitäten sind sie inzwischen unentbehrlich geworden. Sie halten auch die offene Kanalisation im Lager sauber, damit sie nicht verstopft und überläuft. Und sie küm-



Mitten im Lager haben sie sich ein freies Afghanistan geschaffen – und sind in ständiger Sorge um Angehörige, die zurückbleiben mussten.

mern sich um die Elektrifizierung im Camp, sogar die Polizeistation haben sie mit Strom versorgt. Die Polizeistation? „Sie haben uns gefragt“, berichtet Raed. Denn vieles funktioniert hier im Lager nicht und niemand fühlt sich verantwortlich. Raed ist schon seit drei Jahren auf Lesbos, er kommt aus Syrien und hat bereits zwei Ablehnungen seines Asylantrags erhalten.

Eine Schule als „Freies Afghanistan“

Vorbei an Zelten und Containern („im Winter kalt, im Sommer viel zu heiß“), kommen wir auf die andere Seite des Lagers. Direkt am Wasser stehen zwei ausrangierte Busse, die zu einer selbstorganisierten Schule umfunktioniert wurden, der „Moria Academia“. Die Lehrer:innen der Academia – alle selbst Bewohner:innen des Lagers – zeigen uns ihre Lehrpläne: Informatik, Business-Englisch, aber auch Alphabetisierungskurse werden angeboten. Bevor uns Omid die beiden zu Klassenzimmern ausgebauten Busse zeigt, beschriftet er im „Innenhof“ grüne Pappschilder. „Free Panj-

shir“ schreiben er und sein Teamkollege Asif darauf und halten es in die Handykamera. Die Bilder posten sie später auf der Facebook-Seite der Moria Academia.

Wir kommen auf die Situation in Afghanistan zu sprechen. Omid berichtet uns von Freunden und Verwandten in Kandahar, die um ihr Leben fürchten. Asif erzählt von seiner Schwester, die für die alte Regierung in Kabul gearbeitet hatte und nun um ihr Leben fürchtet. Die Sorge um Freund:innen und Angehörige teilen alle hier. Und so ist die Moria Academia seit der Machtübernahme der Taliban zum Treffpunkt vieler Afghan:innen im Lager geworden. Hier sind Videos entstanden, in denen Frauen von ihren Erfahrungen unter Taliban berichten. Hier wurden Demonstrationen und Aktionen organisiert in Solidarität mit denen, die sich in Afghanistan gegen die Taliban stellten. Omid sagt es so: „Die Welt hat Afghanistan alleine gelassen. Dort können Frauen und Mädchen nun nicht mehr unterrichten und lernen. Hier können sie es. Unsere Academia in einem Flüchtlingslager auf Lesbos ist zu einem freien Afghanistan geworden.“

Anita Starosta

Wo Europa, die griechischen Behörden und ein unzureichendes Hilffssystem versagen, sind es die Geflüchteten selber, die an Europas Außen Grenzen ihr Schicksal in die Hand nehmen. Mit medico-Unterstützung können die Geflüchteten die Moria Academia winterfest machen und das Bildungsangebot auch in den kalten Monaten aufrechterhalten.

Spendenstichwort: Flucht & Migration

Ein ständiger Exodus

In Mexiko wird die Migrationsabwehr weiter militarisiert. Ein Gespräch mit Rubén Figueroa



Rubén Figueroa ist Aktivist der medico-Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano und organisiert zum Beispiel die jährliche Karawane der Mütter von Menschen, die auf den Migrationsrouten verschwunden sind.

Während der Lockdowns waren die Grenzen in Zentralamerika über Monate geschlossen. Die Maßnahmen zum Infektionsschutz verhinderten auch die Migration. Wie ist die Situation jetzt?

Anfang 2021 wurden die Grenzen aus wirtschaftlichen Gründen wieder geöffnet. Damit ging auch die Migrationsbewegung aus Zentralamerika wieder los. Neu war die starke Präsenz von Klima-Flüchtlingen, also von Menschen, die ihr Zuhause nach Verwüstungen durch Hurrikans wie Eta und Iota verlassen mussten. Mit der wieder aufgenommenen Migration verschwinden auch wieder mehr Menschen spurlos und kehrt die Militarisierung zurück. Letztere nimmt seit Jahren zu, unter

der Regierung López Obrador in Mexiko hat sie sich noch einmal deutlich verschärft – auf den Routen, an den Grenzen, aber auch in den Behörden. So werden die Büros des Instituto Nacional de Migración nur noch von Militärs geleitet. Infolge dieser Militarisierung nimmt auch der Menschenschmuggel zu: Je mehr Soldaten und Polizisten auf der Route präsent sind, umso stärker wird er.

Präsident López Obrador behauptet, Mexiko sei inzwischen sicher für Migrant:innen.

Das ist falsch. Migrant:innen bleiben Opfer der generalisierten Gewalt in Mexiko. Die Menschenrechtsverletzungen und die Morde gehen weiter, sei es durch das organisierte Verbrechen oder die Polizei. Die Militärs, die auf den Routen allgegenwärtig sind, schaffen keine Sicherheit für Menschen auf der Flucht, sie nehmen sie fest und schieben sie ab. Was sie schützen, sind die Grenzen. Als Lateinamerikaner:innen wissen wir, was es bedeutet, die Armee auf der Straßen zu haben. Daran musste ich denken, als Anfang des Jahres 19 Menschen aus Guatemala im Norden tot aufgefunden wurden. Sie waren ermordet worden, es war ein Staatsverbrechen.

Du hast die Klimakrise erwähnt. Verändern sich die Gründe, warum die Menschen ihr Zuhause verlassen?

Sie ändern sich insofern, als sie sich verschärfen und vermehren. So werden die bekannten Migrationsauslöser wie Korruption, Gewalt und Pers-

pektivlosigkeit in Zentralamerika im Grunde von Tag zu Tag schlimmer. Tatsächlich neu ist, dass Menschen, die bereits einmal migriert sind, nun auch ihr neues Zuhause verlassen müssen. Das liegt zum Beispiel an klimabedingten Naturkatastrophen, aber auch an wirtschaftlichen Nöten infolge der Pandemie. So haben sich viele Haitianer:innen, die ihr Land nach dem Erdbeben 2010 verlassen und sich in Süd- oder Zentralamerika angesiedelt hatten, nun wieder auf den Weg gemacht.

Unterscheidet sich deren Lage in Mexiko von der zentralamerikanischen Migrant:innen?

Gegenüber schwarzen Menschen sind die Ablehnung und der Rassismus noch ausgeprägter. Hinzu kommt die Sprachbarriere. Verschärft wird die Situation zudem durch herabwürdigende Kampagnen, die in den Medien immer dann laufen, sobald größere Gruppen die Grenze überquert haben. An

Der Zusammenschluss zu Karawanen ist ein Versuch, der Maschinerie aus Militarisierung und Abschiebungen im Dienste der USA zu entgehen.

diesen Diskursen beteiligen sich auch Regierungsstellen. Zugleich wird behauptet, Migrant:innen würden Unterstützung, Zugang zu Arbeit und zum Gesundheitssystem erhalten. Auch das stimmt nicht. Es ist inzwischen so schlimm, das selbst Mexikaner:innen, die innerhalb des Landes migrieren, Diskriminierung und Gewalt erleiden.

Nachdem die Migration durch Mexiko längere Zeit kaum sichtbar war, sind in den vergangenen Wochen wieder größere Karawanen aufgebrochen. Täglich durchqueren Tausende Menschen Mexiko.

Es ist ein stetiger Exodus. Alle zwei Tage ca. 5.000 Menschen. Die Karawanen sind eine Antwort auf die Repressalien und Gefahren, denen die Menschen ausgesetzt sind. Die Gruppe gibt etwas Schutz. Wenn die Regierung versucht, die Migration zu begrenzen, indem sie die Menschen an Orten wie Tapachula in Chiapas festhält, schließen sich die Menschen zusammen. Karawanen sind also ein Versuch, der Maschinerie aus Militarisierung und Abschiebungen im Dienste der USA zu entgehen.

Allein in Tapachula wurden in diesem Jahr 70.000 Asylanträge gestellt. Das System ist kollabiert.

Tapachula ist eine Gefängnisstadt. Hierher werden die Menschen umgeleitet, insbesondere diejenigen, die Asyl in Mexiko beantragen. Die meisten Fälle werden gar nicht bearbeitet und wenn doch, dauert jeder kleine Schritt in dem Verfahren Monate. Und in der Zeit erleben die Menschen Misshandlungen. Das ist aber kein Versagen der Behörden vor Ort. Das ist eine staatliche Strategie. In ihrer Not und Verzweiflung schließen sich manche Menschen zusammen und ziehen weiter. Damit brechen sie aber das Gesetz, das ihnen vorschreibt, an dem Ort zu bleiben, wo sie registriert sind. Damit können sie trotz eines laufenden Asylverfahrens abgeschoben werden. Das hat System.

Vor wenigen Wochen gingen die Bilder des informellen Camps von 15.000 Haitianer:innen unter der Brücke am Grenzfluss zu den USA um die Welt. Wie ist es zu erklären, dass so viele Menschen so weit gekommen sind?

Das geschah, um Druck auf die US-Regierung auszuüben: Sie soll mehr Gelder zur Unterstützung des mexikanischen Grenzschutzes, aber auch für Sozialprogramme bereitstellen. Zum Zweiten ließ sich so die extrem angespannte Lage in Tapachula entschärfen. Denn damit konnte der mexikanische Staat die Menschen nun sogar „legal“ abschieben – was in vielen Fällen denn auch geschehen ist.

Du hast die Rolle der USA angesprochen. Donald Trump ließ keine Asylbewerber:innen mehr ins Land, sie mussten unter miserablen Bedingungen auf der mexikanischen Seite ausharren, bis ihr Verfahren abgeschlossen war. Biden hat das geändert, wurde aber vom Obersten Gerichtshof zurückgepfiffen. Jetzt gibt es so viele Abschiebungen aus den USA wie seit langem nicht mehr. Wie interpretierst du das?

Unter Biden gibt es allenfalls kosmetische Änderungen in der Migrationspolitik der USA. Und es gibt viel Widersprüchliches. So hat die USA die Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen auf 125.000 Menschen im Jahr verdoppelt. Gleichzeitig schiebt sie vermehrt ab. Dabei hätte Biden die historische Chance, den Migrant:innen in den USA Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Eine Reform des Einwanderungsgesetzes wird von progressiven Gruppen und post-migrantischen Communities schon seit langem gefordert. Jetzt drängen sie auf die Umsetzung dessen, was Biden in seiner Wahlkampagne versprochen hat. Ich selbst bin aber skeptisch.

Du bist zurzeit in den USA. Was machst du dort?

Meine Suche nach Verschwundenen in Mexiko und die Verbindung mit Familien in Zentralamerika warf immer wieder das Thema der mexikanischen Nordgrenze auf. Als Organisation wollen wir uns mit Initiativen jenseits der Grenze vernetzen, die verschwundene Migrant:innen suchen. Manche identifizieren auch Leichen, die entlang der Routen in der Wüste gefunden wurden. Aktuell tausche ich mit Organisationen in Arkansas und Texas Erfahrungen aus. Es ist wichtig, Brücken zu bauen – zwischen uns, die Herkunftsregion der Migrant:innen, die Familien und Netzwerke dort gut kennen, und den Organisationen im Süden der USA. So können wir mehr Verschwundene identifizieren und mehr Familien Gewissheit geben, auch wenn es in einigen Fällen eine traurige Gewissheit ist. Aber es gibt eben auch diejenigen, die es in die USA geschafft haben, die aber den Kontakt zu ihren Familien verloren haben, sei es, weil sie Opfer

eines Verbrechens wurden, im Gefängnis sitzen oder auf der Straße leben. Vielleicht können wir auch hier Familien wieder zusammenführen, wie es uns zwischen Mexiko und Zentralamerika immer wieder gelingt. Außerdem wollen wir das Thema der Verschwundenen in den migrantischen Kämpfen in den USA präsenter machen.

Seit Jahren suchst du verschwundene Menschen und arbeitest mit Familien, die ihre Angehörigen verloren haben. Jetzt bist du selbst in diese schreckliche Situation geraten: Im vergangenen Jahr verschwand dein Bruder Freddy.

Es ist schlimm, vor allem, weil wir genau wissen, was passiert. Wir kennen die Erfahrungen anderer Familien. Das jetzt am eigenen Leib zu spüren, ist heftig. Meine Erfahrung sagt mir – und das bespreche ich nicht mit meiner Mutter –, dass ich zwar meinen lebenden Bruder suche, aber damit rechnen muss, dass er nicht mehr am Leben ist. Es fällt mir heute schwerer zu ertragen, was mir die Müttern verschwundener Migrant:innen berichten. Der Schmerz geht tiefer. Gleichzeitig sehe ich, wie es meiner Mutter immer schlechter geht. Wir leben in einer Region, in der es gefährlich ist, Verschwundene überhaupt zu suchen. Auch dabei werden Menschen ermordet oder verschwinden. Das ist unsere Realität.

Interview: Moritz Krawinkel

Seit zehn Jahren unterstützen wir die Arbeit des Movimiento Migrante Mesoamericano, das Mütter verschwundener Migrantinnen und Migranten bei der Suche nach ihren Angehörigen unterstützt und das Thema in Mexiko und in der internationalen Vernetzung mit anderen Initiativen sichtbar macht.

Spendenstichwort: Mexiko



Die drei Angeklagten am Gericht. Ihr Fall ist nur einer von vielen, in denen Helfer:innen und Geflüchtete kriminalisiert werden.

HAFTGRUND FLUCHT

Die Kriminalisierung von Flucht und Solidarität ist längst zu einem Instrument des europäischen Grenzregimes geworden.

Im Oktober 2021 wurde die ElHiblu3 Freedom Commission ins Leben gerufen. Sie fordert Malta auf, die Verfahren gegen drei junge Männer – die ElHiblu3 – unverzüglich einzustellen. Bei ihrer Ankunft auf Malta vor zweieinhalb Jahren waren die drei afrikanischen Teenager verhaftet und einer Vielzahl von Straftaten beschuldigt worden, darunter terroristische Handlungen und die Entführung eines Schiffes. Sie hatten das Handelsschiff El Hiblu dazu gebracht, mit 108 geretteten Flüchtlingen an Bord nicht nach Libyen zurückzufahren, sondern Malta anzusteuern.

Bis heute hat Malta den drei jungen Lebensrettern ein faires Verfahren verweigert und gegen ihre grundlegenden Menschenrechte verstoßen. Die Kriminalisierung der ElHiblu3 in Malta ist ein weiterer Akt in dem systematischen Versuch, solidarische Handlungen an Europas Grenzen zu unterdrücken und Flucht zu kriminalisieren – ähnlich wie bei Fällen in der Ägäis oder auf der Kanarenroute.

In Griechenland wurde kürzlich ein junger Afghane angeklagt, für den Tod seines sechsjährigen Sohnes verantwortlich zu sein, nachdem das Boot bei der Überfahrt gekentert war. Und im Senegal wurde auf Druck von Spanien ein Gesetz verabschiedet, auf dessen Grundlage sich der Vater eines 14-jährigen Jungen vor Gericht verantworten musste. Ihm wurde vorgeworfen, seinen Sohn nicht von der Flucht auf die Kanarischen Inseln abgehalten zu haben, bei der der Junge ums Leben kam.

All diese zu Unrecht Kriminalisierten benötigen unsere Solidarität. Zur Unterstützung der ElHiblu3 hat sich daher vor kurzem die Freedom Commission gegründet, ein unabhängiges und vielfältiges Bündnis von Menschenrechtsverteidiger:innen, darunter der Philosoph Achille Mbembe, die Kapitänin Carola Rackete, der Soziologe Jean Ziegler und Ramona Lenz von medico international. Gemeinsam verurteilen sie das Vorgehen gegen die drei jungen Männer und fordern: Regierung und Generalstaatsanwaltschaft in Malta sollen das Verfahren gegen die ElHiblu3 einstellen. Stattdessen sollen die drei Anerkennung dafür erfahren, dass sie die Rückkehr von 108 Menschen in die Folterlager Libyens verhindert haben.

<https://elhiblu3.info/>

Afgha- nistan schrei- ben



Nur noch von Weitem schön: Afghanistan heute.

Hier beginnt das Vergessen, dort wächst die Not. Decken und Lebensmittel allein werden nicht helfen

Von Thomas Rudhof-Seibert

Was zur Hölle soll ich hier schreiben? Soll ich wiederholen, was ich gerade in einem Artikel gelesen habe? Einem Artikel, dessen Autorin berichtet, in einem Park in Kabul gleich mehreren Müttern begegnet zu sein, die ihr totes Kind im Arm trugen? Kinder, die verhungert oder an Infektionen gestorben sind, die leicht zu heilen wären, wenn es einen Arzt und wenn es Medikamente gäbe? Die verhungert sind, weil sie Kinder von Flüchtlingen sind, die in diesem Park Zuflucht gefunden haben, der eigentlich nur eine verdorrte Lichtung am Rand Kabuls ist? Eine Lichtung, in der jetzt Zelte aus Jute und Stofffetzen stehen? Deren Bewohner:innen seit drei Tagen nichts mehr gegessen haben? Flüchtlinge, die seit drei Tagen nichts als ungesüßten schwarzen Tee zu sich genommen haben? Tee, den sie auf Feuern kochen, in denen sie Plastikflaschen und alte Schuhe verbrennen, weil sie sonst nichts haben, die Flammen zu nähren?

Oder soll ich wiederholen, was der afghanische Kinderarzt sagte, der gerade im deutschen Fernsehen zu Wort kam? In einem Zwei-Minuten-Beitrag, in dem er berichtet, dass er stündlich entscheiden muss, wen von seinen Patient:innen er sterben und wen er leben lässt, weil er nicht genug Medikamente für alle hat?

Oder soll ich Zahlen sprechen lassen? Soll ich schreiben, dass 18 Millionen Afghan:innen

hungern, mehr als die Hälfte der Bewohner:innen des verheerten Landes? Dass laut Schätzung der UN 95 Prozent der Afghan:innen vom Hunger bedroht sind? Jetzt, da nach einem Dürresommer der Winter beginnt, in dem es vielerorts -20 Grad kalt wird? Dass die Menschen also auch von der Kälte bedroht sind, weil es vielen an einer winterfesten Unterkunft, an Decken, an Kleidung fehlt?

Oder soll ich von den afghanischen Flüchtlingen schreiben, die aus dem Land geflohen sind? Nach Osten, nach Pakistan, wo seit Jahren schon fast drei Millionen Afghan:innen leben? Genauso viele, wie auch im Iran leben, also westlich von Afghanistan? Soll ich schrei-

Das Primat der Sicherheit Deutschlands ist strukturell mitverantwortlich am Elend in Afghanistan.

ben, dass seit der Flucht der NATO-Truppen und seit der folgenden Machtübernahme der Taliban weitere Hunderttausende Afghan:innen westwärts in den Iran und ostwärts nach Pakistan geflohen sind? Dass Pakistan und der Iran bereits Zehntausende wieder nach Afghanistan zurückgeschoben haben, mit Ge-

walt, unter die Gewalt der Taliban, in die Kälte, in den Hunger? Soll ich von den Afghan:innen schreiben, die es bis in die Türkei geschafft haben, wo aktuell 500.000 von ihnen leben, als illegale Einwander:innen, schutz- und rechtlos? Oder soll ich über die Afghan:innen schreiben, die heute zwischen der weißrussischen und der polnischen Grenze umherirren, zusammen mit Hunderten, Tausenden Menschen aus dem Irak, Syrien, Gambia oder Mali? Die in die Europäische Union, die nach Deutschland wollen, aber von der EU und von Deutschland an der Ankunft gehindert werden, denen die Ankunft verweigert wird?

Oder soll ich noch einmal von den afghanischen medico-Partner:innen schreiben, den Aktivist:innen der Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO)? Unseren afghanischen Partner:innen, die drei Tage nach der Machtergreifung der Taliban mit eilends gemieteten Bussen nächtlich quer durch das ganze Land an die Ostgrenze geflohen und glücklich nach Pakistan gelangt sind? Die jetzt als illegale Einwander:innen in verschiedenen Herbergen Islamabads leben? Herbergen, die medico bezahlt, von Geldern, die eigentlich zur Förderung der politischen Arbeit von AHRDO vorgesehen waren? Fast zweihundert Menschen, die täglich, stündlich schwankend zwischen Hoffnung und Verzweiflung auf die versprochene Ausreise nach Kanada warten, jetzt schon den dritten Monat?

Oder soll ich von uns hier schreiben, den Leser:innen dieses Artikels, von uns hier auch, die wir solche Artikel schreiben? Die wir hier trotz allem gesichert unter einer Regierung leben, die für all das, was ich hier geschrieben habe, mitverantwortlich ist. Weil sie sich an einer Intervention beteiligt hat, der es nie wirklich um die Afghan:innen, sondern allein um „Deutschlands Sicherheit“ ging, die „am Hindukusch verteidigt“ werden sollte. Weil ihr

Verständnis von „Deutschlands Sicherheit“ strukturell die Mitverantwortung am Elend überhaupt der Welt einschließt: über das Elend Afghanistans hinaus. Dessen Bewohner:innen sie Hals über Kopf der Gewalt der Taliban ausgeliefert hat.

Es heißt jetzt überall, dass den Afghan:innen schnell geholfen werden muss, mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Decken und Kleidern. Weil jetzt der Hunger und die Kälte kommen, weil der Hunger und die Kälte längst ihr Werk tun. In dem Park am Rand von Kabul zum Beispiel, in dem einer Journalistin, die über Afghanistan schreibt, gleich mehrere Mütter begegnen, die ihr totes Kind im Arm tragen. Sicher braucht es Nahrungsmittel, Medikamente, Decken und Kleider. Aber das hilft, wenn überhaupt, dann nur heute, nicht morgen und nie allen. Wirklich helfen wird nur ein radikaler Wechsel der deutschen Politik, der Politik der europäischen Länder, der Länder des Nordens. Das wird nicht ausreichen, natürlich nicht. Aber ohne einen radikalen Wechsel auch der deutschen Politik wird sich nichts ändern. Für uns hier ist dieser Wechsel das Einfache, das unendlich schwer zu tun ist und dennoch getan werden muss. So schnell und so grundstürzend als irgend möglich. Darüber wollte ich schreiben. Das möchte ich zu lesen geben. Solange so über Afghanistan geschrieben werden muss, wie ich es hier anders nicht tun konnte. Dabei geht es nicht nur um Afghanistan.



Thomas Rudhof-Seibert verbringt seit Wochen seine Zeit am heißen Draht mit unseren afghanischen Kolleg:innen und deren Familien, die an verschiedenen Orten in Pakistan untergekommen sind und auf ihre Ausreise warten. Er verhandelt mit Botschaftsvertreter:innen und NGOs. Ein Kampf mit Windmühlen.

Von Kabul nach Kassel

Der medico-Partner Abdul Ghafoor über seine Flucht aus Kabul und die noch immer ausbleibende Hilfe der deutschen Regierung

Foto: Privat



Abdul Ghafoor ist Direktor und Gründer der Afghanistan Migrants Advice and Support Organisation (AMASO), einer unabhängigen Beratungsorganisation für Rückkehrer:innen in Kabul, die wegen des Einmarsches der Taliban im August 2021 zunächst schließen musste. Für den Rückkehrwatch von medico verfasste er Mitte dieses Jahres einen Bericht – siehe unter www.freiwillige-rueckkehr.de

Du warst einer der sieben Menschen, die am 17. August 2021 beim ersten Rettungsflug der Bundeswehr aus Kabul evakuiert wurden. Wie ist es dazu gekommen?

Als die Taliban am 15. August die Macht in Kabul übernahmen, waren wir im Büro. Ich hatte bereits dafür gesorgt, dass ihnen keine Informationen in die Hände fallen, die Menschen gefährden würden. Gegen 11 Uhr rief mich ein Freund an und sagte: „Die Taliban sind in der Stadt, du musst das Büro verlassen.“ Schnell verbrannte ich letzte Dokumente in der Kü-

chenspüle. Auf den Straßen herrschte großes Chaos. Ich schaffte es noch, zu Hause meinen Laptop zu holen, und bin dann bei Freunden untergetaucht. In der zweiten Nacht erfuhr ich, dass ich auf einer Evakuierungsliste stehe. Hieran hatten viele Leute mitgewirkt, darunter auch medico. Früh morgens machte ich mich auf den Weg zum Flughafen. Dort drängten sich Tausende Menschen vor dem Haupttor. Die Taliban schossen, mal in die Luft, mal in die Menge. Ein Freund lotste mich zu einem anderen Tor, das normalerweise vom US-Militär benutzt wurde. Dort traf ich zufällig zwei Bekannte, einen ehemaligen Minister und einen Journalisten vom SPIEGEL. Zusammen gelang es uns nach Stunden, auf das Flughafengeände zu kommen. Auf dem etwas abseitigen Rollfeld war gerade eine Bundeswehrmaschine gelandet. Plötzlich fielen Schüsse, das löste Chaos aus. Wir schafften es an Bord und schon hob die Maschine wieder ab – mit gerade einmal sieben Evakuierten an Bord.

Du hast in Kabul mit die Afghanistan Migrants Advice and Support Organisation (AMASO) geleitet, die Abgeschobene und Zurückgekehrte unterstützte. Was hat dich dazu bewogen, diese Organisation zu gründen?

Das hat mit meiner eigenen Geschichte zu tun. Ich hatte selbst einmal in Norwegen Asyl beantragt. 2013 wurde ich abgeschoben. Diese Erfahrung ließ mich zum Aktivist werden. Zurück in Kabul schrieb ich meine Geschichte auf.

Ich schrieb über Abschiebungen und die Art und Weise, wie Rückkehrer:innen vor Ort behandelt werden, wie sie vor dem Nichts stehen und besonders gefährdet sind, weil man sie für „verwestlicht“ hält und vermutet, dass sie leicht an Geld kommen können. Am Anfang habe ich mich mit Gleichgesinnten ehrenamtlich für Rückkehrende eingesetzt. Als sich herumsprach, was wir tun, und immer mehr Menschen unsere Hilfe in Anspruch nahmen, beschlossen wir, dass wir eine feste Adresse brauchen. So entstand AMASO.

Warst du aufgrund deiner Arbeit mit Abgeschobenen nach der Machtübernahme der Taliban besonders gefährdet?

Ich habe in den letzten sechs Jahren in Afghanistan mehrere Anschläge hautnah miterlebt. Die Lage war bedrohlich und ich musste mehrmals umziehen. Meine Arbeit aber konnte ich fortsetzen – nicht aber unter den Taliban. Ich habe ausländischen Medien Interviews gegeben und meine Meinung über die Taliban kundgetan. Ich habe mit Rückkehrer:innen aus dem Westen zusammengearbeitet und ihnen geholfen, in Kabul eine Unterkunft zu finden; darunter einige, die zum Christentum konvertiert sind, Atheist:innen waren oder auch LGBT. Unter den Taliban würde ich sicher umgebracht werden.

Du stehst in Kontakt mit Freund:innen und ehemaligen Klient:innen, die noch in Afghanistan sind. Wie ist die Situation vor Ort im Moment?

Sie wird von Tag zu Tag schlechter. Die Taliban zeigen ihr wahres Gesicht. Erst vor kurzem erhielt ich die Nachricht, dass sie vier Frauen erschossen haben, darunter eine Frauenrechtsaktivistin. Nicht irgendwo auf dem Land, sondern in Mazar-i-Sharif, einer Großstadt. Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen und ehemalige Militäroffiziere werden unter Druck gesetzt. Rückkehrer:innen schicken mir immer wieder Nachrichten und fragen, was sie

tun sollen, was passieren wird und ob es für sie Evakuierungspläne gibt. Es gibt keine.

Du lebst derzeit in einer Sammelunterkunft in Kassel. Kannst du von dort aus noch irgendwas für die Menschen tun?

Auch wenn unser Büro in Kabul geschlossen ist, geht die Arbeit dort weiter. Was immer in meiner Macht steht, versuche ich zu tun, um die Kolleg:innen vor Ort zu unterstützen. Und ich setze mich unablässig dafür ein, dass sie und andere akut Gefährdete – Journalist:innen und Aktivist:innen – evakuiert werden. Gleichzeitig stelle ich Kontakte zwischen Afghan:innen her, die in verschiedenen europäischen Ländern gestrandet sind. Dabei geht es auch darum, Familien an einem Ort zusammenzubringen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte angekündigt, 10.000 Menschen ausfliegen lassen zu wollen. Und immer wieder hat die Bundesregierung den sogenannten Ortskräften Zusicherungen gemacht. Davon wurde wenig eingehalten. Was denkst du über die Politik der Bundesregierung?

Während der ersten Tage nach der Machtübernahme gab es noch eine Ausrede: Die Lage sei chaotisch und unübersichtlich. Das ist sie nicht mehr. Jetzt könnte Deutschland viel tun. Die Bundesregierung ist in der Lage, Vereinbarungen mit den Taliban zu treffen. Das will sie aber nicht. Hätte sie den nötigen Willen, könnte sie auf jeden Fall diejenigen ausfliegen, die es nach Pakistan, Iran und Usbekistan geschafft haben und dort festsitzen, einige sogar in Botschaften. Dort sind die Verfahren aber sehr bürokratisch. Die Bundesregierung könnte sie beschleunigen. Tausende Menschen sind in Gefahr, weil sie sich an die Seite der westlichen Mächte gestellt haben. Aber es rührt sich nichts oder nur wenig.

Behörden in Deutschland versuchen, Menschen, die als Ortskräfte hergekommen sind, in Asylverfahren umzulenken: Statt als Orts-

kraft einen sicheren Aufenthalt mit sofortiger Arbeitserlaubnis zu bekommen, sollen sie sich langwierigen Verfahren mit ungewissem Ausgang stellen. Wie sieht es bei dir aus?

Ich selbst befinde mich in dem Verfahren, das prüft, ob ich als Ortskraft anerkannt werde. Aber ich weiß von einigen, dass sie von den Behörden unter Druck gesetzt werden, Asyl zu beantragen. Ich verstehe das nicht. Diese Menschen sind bereits traumatisiert. Warum fügt man ihnen noch ein Trauma zu? Aber ob Ortskräfte oder nicht: Viele Menschen haben gute Gründe, vor den Taliban zu fliehen. Hunderte von Menschenrechtsaktivist:innen sitzen zum Beispiel in Islamabad fest. Deutschland hat bislang fast nichts getan, um ihnen zu helfen.

Was tun die Menschen, die keine Chance sehen, vom Westen unterstützt zu werden, aber auch nicht in einem von den Taliban regierten Afghanistan leben können und wollen?

Sie versuchen zu fliehen. So gehen Tausende zu Fuß in den Iran. Die Situation in den Grenzregionen gerät immer wieder außer Kontrolle. Es gab mehrere Vorfälle, bei denen Menschen erschossen wurden. Vom Iran aus wollen viele weiter in die Türkei und nach Europa. Vor ein paar Tagen versuchten 400 Menschen, auf einem Schiff nach Griechenland zu gelangen. Doch Europa ist zu einer Festung ausgebaut worden. Doch das ändert nichts: Die Menschen werden weiter ihr Leben aufs Spiel setzen, um in Sicherheit zu gelangen. Das wird nicht aufhören, im Gegenteil. In Afghanistan wächst der Hunger. Wenn man nichts zu essen hat, muss man gehen.

Du hast schon länger Kontakte nach Deutschland, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit medico. Wie schätzt du die Rolle der deutschen Zivilgesellschaft ein?

Sie ist mobilisiert, auch in kleineren Städten. Bei einer Veranstaltung in Kassel, bei der ich als Redner auftrat, wurde Geld für in Afghanistan festsitzende Familien gesammelt. Sechzehn

sind inzwischen über Islamabad nach Deutschland gekommen. Solche kleinen Erfolge sind wichtig. Ich suche den Kontakt zu Organisationen der Zivilgesellschaft. Nur Druck von unten wird die Regierung zum Handeln bewegen.

Eine persönliche Frage zum Schluss: Wie gehst du mit all dem Erlebten um?

In Deutschland habe ich mir zunächst keine Zeit genommen nachzudenken. Ich habe einfach weitergemacht, gearbeitet und Interviews gegeben. Ich wollte der Welt mitteilen, was los ist. Und ich bin täglich damit konfrontiert, dass mir Menschen aus Afghanistan schreiben, Menschen, die verzweifelt sind. Oft kann ich nichts für sie tun. Irgendwann habe ich gemerkt, wie sehr mich das alles berührt und belastet. Zum Glück habe ich gute Freund:innen. Ich habe mir eine Weile freigenommen und versucht, einiges aus meinem Kopf zu bekommen. Jetzt geht es mir besser, aber es wäre falsch zu sagen, dass nun alles in Ordnung ist. Die Ereignisse vom August haben mich und viele andere traumatisiert. Es wird noch sehr lange dauern, bis wir begreifen, dass wir nicht werden zurückkehren können. Für uns gibt es kein Afghanistan mehr.

Interview: Nele Eisbrenner und Ramona Lenz

Die Zukunft Afghanistans ist ungewiss. Wie und wo immer möglich, werden wir unseren afghanischen Partnerorganisationen weiter zur Seite stehen. Und wir streiten für das Recht der Afghan:innen, zu kommen und zu bleiben – nach dem, wie das Land und die Leute ausgeliefert wurden, allemal.

Spendenstichwort: Afghanistan

Projekte Projektionen

Stadt als Beute

Für räumliche Gerechtigkeit in Beirut: Bericht eines Partners

Die Bilanz ist dürrtig, die Aussicht bedrohlich: Mehr als ein Jahr, nachdem eine gewaltige Explosion Beirut erschüttert hat, kommt die Instandsetzung beschädigter Quartiere kaum voran, können Bewohner:innen noch immer nicht zurückkehren und droht vielen die dauerhafte Verdrängung. Die Probleme wachsen und politische Lösungen sind nicht in Sicht, so führt es eine Studie der Partnerorganisation Public Works aus. Unter Preisgabe eines gerechten Wiederaufbaus wird die Immobilienwirtschaft angelockt – auch deutsche Unternehmen sind im Spiel –, um aus der umfassenden Krise Profite zu generieren. Masterpläne für renditeträchtige Aufwertungen forcieren einen Aufbau, der eine sozialräumliche Enteignung par excellence zu werden droht. Umso mehr pocht Public Works auf die Einbindung der Bewohner:innen. „Für eine Erholung der Viertel, für Versöhnung und Genesung, ist ihre Teilhabe entscheidend“, heißt es in dem Bericht, den medico jetzt auch auf Deutsch veröffentlicht hat:



Foto: Walid Rashid

Ist im neuen Beirut noch Platz für ihn?

www.medico.de/beirut-studie



Afrikas letzte Kolonie

Ein Erfolg für die Selbstbestimmung des saharaischen Volkes

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied am 29. September 2021, dass das Vorgehen der EU bezüglich des Fischerei- und Handelsabkommens auf dem Gebiet der Westsahara rechtswidrig ist. Denn: Als Vertreterin des saharaischen Volkes hätte die Befreiungsbewegung Polisario mit am Verhandlungstisch über das Abkommen sitzen müssen. Dies ist ein großer Erfolg für die Selbstbestimmung der Saharais und für die Aktivist:innen des europaweiten Solidaritätsnetzwerks, das immer wieder Verstöße gegen das Völkerrecht in diesem Konflikt öffentlich macht. Ein wichtiger Akteur hierbei ist die von medico unterstützte Organisation Western Sahara Resource Watch (WSRW) mit ihren Recherchen zu unrechtmäßigen Plünderungen von saharaischen Ressourcen. Ihr jüngster Bericht [siehe unter www.wsrw.org/de] dokumentiert, wie Marokko sich anschickt, sein größtes Projekt für erneuerbare Energien auf besetztem Land zu errichten. Kaum anders agieren deutsche Unternehmen: Bei Dahla plant Siemens Spanien einen Windpark und produziert Heidelberg Zement, in El Aayoun betreibt DHL eine Filiale. Grundlage ist das Handels- und Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko, das nun durch das EuGH-Urteil für nichtig erklärt wird. Hierzu muss sich die neue Bundesregierung innerhalb des europäischen Rats verhalten. Es wird spannend.

Collagen der Flucht

Ägypten: Ein Kunst-Workshop mit geflüchteten Frauen

„Verzweiflung erfüllt die Luft und isst von deiner Seele.“ Diese Zeilen stammen von Aya, eine von Hunderttausenden, die vor den Krisen in Syrien, Jemen, Äthiopien oder Sudan nach Ägypten geflohen und dort am Rande der Gesellschaft gestrandet sind. In Alexandria unterstützt medico die Arbeit der Organisation Torraha mit geflüchteten Frauen, Kindern und Jugendlichen. In dem Raum in der Altstadt, einer Mischung aus Kunstraum und Teeküche, können sie sich austauschen, zusammen tätig sein und mit Kunsthandwerk ein kleines Einkommen generieren. Jüngst bekamen die Frauen – darunter Aya – Besuch: Kolleginnen des französischen Kollektivs Jungleye boten einen mehrtägigen partizipativen Kunst-Workshop an. Aus Fotografien, Stickereien und Poesie entstanden Collagen, in denen die Frauen ihre Fluchtgeschichten und Gegenwart als Geflüchtete reflektieren. Die Werke werden in einer Ausstellung in Alexandria und womöglich auch in Frankfurt gezeigt. Ayas Zeilen enden übrigens so: „Licht, das durch eine kleine Öffnung in das düstere Zimmer fällt, gibt dir das Gefühl, dass da Hoffnung ist.“

Spendenstichwort: Ägypten

Spendenstichwort: Westsahara

Der Terror der anderen



Mitten im Westjordanland: Protestaktion gegen einen neuen Außenposten israelischer Siedler.

Israel hat sechs palästinensische NGOs, darunter medico-Partner zu Terrorgruppen erklärt. Diffamierung als Strategie ist nicht neu

Von Riad Othman

Es ist kein Alleinstellungsmerkmal israelischer Regierungen, sich der Diskussion mit dem politischen Gegner dadurch zu entziehen, dass man ihn dem Terrorvorwurf aussetzt. Die Strategie ist von ihnen aber seit Jahrzehnten methodisch benutzt worden. Das bedeutet nicht, dass es keine palästinensischen Verbrechen gegen israelische und jüdische Zivilist:innen gegeben hätte; natürlich gab es die. Es bedeutet im aktuellen Zusammenhang des Verbots von Menschenrechtsorganisationen aber vor allem, dass die politische Organisierung der unterworfenen Bevölkerung unterbunden werden soll – unabhängig von der jeweiligen Gewaltbereitschaft. Davon zeugen das militärisch dekretierte Versammlungsverbot, das bis heute in Kraft ist, oder die nach dem Krieg von 1967 erfolgten völkerrechtswidrigen Deportationen von palästinensischen Anwälten, Bürgermeister*innen und anderen Personen, die für die politische Organisierung als wichtig galten. Dazu passt auch die im Zuge der Landnahme täglich ausgeübte staatliche oder – wie im Fall der Siedler – sanktionierte Gewalt gegen Palästinenser:innen, die klarmacht: Gegenwehr oder gar Gegengewalt wird mit noch massiverer Gewalt beantwortet.

Der Krieg in Israel, Israel im Krieg

Seit seiner Gründung hat Israel den Ausnahmezustand – und die damit einhergehenden

Sondervollmachten eines (jüdischen) Staates gegen seine (arabischen) Subjekte – nie aufgehoben. Eine Vielzahl der Regelungen bei der Staatsgründung 1948 wurden kurzerhand von der britischen Mandatsverwaltung übernommen, um sie gegen die Palästinenser:innen in Stellung zu bringen. Die Briten hatten 1945 so-

Unsere Toten: Opfer von Terrorismus, Individuen mit Gesicht, eigener Geschichte und trauernden Hinterbliebenen. Ihre Toten: abstrakte Zahlen, Kollateralschäden.

genannte „Notverordnungen zur Verteidigung“ (Defense Emergency Regulations) erlassen, um gegen zionistische Milizen und die palästinensische Nationalbewegung vorzugehen. Der Terrorbegriff fand schon damals Anwendung. Israel machte sich dies zunutze und überführte die Notverordnungen in sein eigenes Rechtssystem. Bis Ende 1966 äußerte sich dies u. a. in der Militärregierung gegenüber der arabischen Bevölkerung Israels. Die bis heute großzügig praktizierte willkürliche Administrativhaft ist ein weiteres Instrument aus der Kolonialzeit, ein Anachronismus des Rechts, den der isra-

elische Staat fast nur gegenüber Palästinenser:innen anwendet. Ohne rechtsstaatliche Verfahren können hier Personen durch die militärische Exekutivgewalt theoretisch beliebig lange inhaftiert werden, ohne richterliche Aufsicht oder Zustimmung. Diese Notverordnungen gelten bis auf den heutigen Tag so oder in ähnlicher Form im gesamten Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer.

Der neue „Krieg gegen den Terror“ spielte sich mit dem Ausbruch der zweiten Intifada auch in Israel und im besetzten palästinensischen Gebiet ab. Allerdings hatte er dort schon rund ein Jahr vor den Anschlägen des 11. September 2001 begonnen. Die einstürzenden Türme des World Trade Center wurden zum Symbol eines Angriffs auf „unsere Freiheit“ gemacht, und Israel wurde einmal mehr zum Brückenkopf der „westlichen Zivilisation“ gegen „die Barbarei“ stilisiert. Genau so wurde Benjamin Netanjahu am 20. September 2001 im US-Kongress vorgestellt, als ehemaliger israelischer Ministerpräsident, der „den Kampf [gegen den internationalen Terrorismus; R.O.] für seine Nation und begleitend für den Rest der zivilisierten Welt geführt“ habe.

Nach 9/11 und mit der weltweiten Zunahme islamistischer Terroranschläge musste Europa aus israelischer Sicht nun endlich begreifen, womit es das kleine Land ständig zu tun hatte. Netanjahu präsentierte Israel als Frontstaat des Westens in einem Kampf der Kulturen: „Jeder von uns versteht heute, dass wir alle Zielscheiben und unsere Städte verwundbar sind, dass unsere Werte mit einem nie dagewesenen Fanatismus gehasst werden, der unsere Gesellschaften und Lebensweise zu zerstören versucht.“ Die politische Auseinandersetzung der zionistischen Nationalbewegung bzw. des israelischen Staates mit den Palästinenser:innen ordnete er nach den Anschlägen vom 11. September in die notwendige Bekämpfung des weltweiten Terrorismus ein. Arafat, al-Qaida,

Syrien, Iran, Afghanistan galten ihm allesamt als Ausgeburten ein und desselben Terrornetzwerks, das „eine extreme Form des Islam als dominierende Weltmacht installieren“ wolle. Mehr noch als nach 9/11 musste Europa dies aus Netanjahus Sicht nach den Anschlägen in Madrid 2004 und London 2005 endlich ver-

Unter Rückgriff auf die Figur des „Terroristen“ wurde die eigene Gewalt gerechtfertigt, während sie die Gewalt des Gegners delegitimierte.

stehen. Noch Jahre später gab es kaum einen islamistischen Anschlag, den er nicht dazu genutzt hätte, Parallelen zur israelischen Erfahrung zu ziehen. Nach den Anschlägen in Paris 2015 erklärte er: „Wir sind nicht schuld an dem Terrorismus, der sich gegen uns richtet[...]. Nicht die [...] Siedlungen oder irgendein anderer Faktor halten den Konflikt am Leben, sondern der Wille, uns zu zerstören, und die mörderische Aggression gegen uns.“

Selbst schuld

In dieser manichäischen Weltsicht sind immer und ausschließlich die anderen schuld. Die „zivilisierte Welt“ begeht nur deshalb exzessive Gewaltverbrechen, weil der „irrationale Hass“ und die grenzenlose „Barbarei“ dieser anderen ihr keine andere Wahl lassen. Gräueltaten an jenen anderen sind immer nur eine Form von Notwehr.

Die Auseinandersetzung mit den Palästinenser:innen stellten die Ministerpräsidenten Netanjahu und Barak in denselben Kontext wie

die Anschläge von al-Qaida. Das war der Ton, den damals viele Regierungen anschlugen: Trotz der brutalen Grenzüberschreitungen, die im Zuge des Kriegs offenbar auch „zivilisierte“ Länder von sich selbst erwarteten, werde es, so Barak, „keine moralische Gleichwertigkeit zwischen Terroristen und denen, die darauf reagieren“, geben. Damit war das Wesentliche gesagt, auch für andere Kontexte und Regionen. Diese Haltung wurde weltweit zur dominierenden Logik der Kriegsführung: Unter Rückgriff auf die Figur des „Terroristen“ wurde die eigene Gewalt gerechtfertigt, während sie die Gewalt des Gegners delegitimierte und ihr damit auch jeglichen auf politischem Weg verhandelbaren Grund absprach. Das „Blutvergießen der anderen“, mochte es auch politisch motiviert sein, durfte nie mehr sein als ein barbarisches Spektakel. Unsere Toten: Opfer von Terrorismus, Individuen mit Gesicht, eigener Geschichte und trauernden Hinterbliebenen. Ihre Toten: abstrakte Zahlen, Kollateralschäden, womöglich selbst „Terroristen“.

Wessen Terror?

In seiner Rede 2001 in Washington erklärte Netanjahu, Terrorismus werde nicht durch die Identität der Täter definiert, sondern durch die Natur der Tat. Dabei rücken in der Diskussion über Terrorismus regelmäßig nicht die Taten, sondern gerade die Identitäten der Täter in den Mittelpunkt: Wenn staatliche Akteure Zivilist:innen ermorden, ist nicht von Terrorismus die Rede, dagegen so gut wie immer, wenn ein nicht staatlicher Akteur dasselbe tut. Dabei folgt die Haltung von Staaten, „Terrorismus“ nicht als Form der „politischen Gewalt“ anzuerkennen, einer nachvollziehbaren Logik: Der Staat verteidigt sein Gewaltmonopol. Der Rat der Europäischen Union bezog sich in seinem „Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung“ dement-

sprechend auf folgenden Konsens: „Das Übereinkommen des Europarats vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus bestimmt, dass terroristische Straftaten nicht als politische Straftat oder als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende Straftat oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen werden können.“

Hier gibt es allerdings ein Spannungsfeld: Schließlich kann der Gegner sehr wohl politische Ziele verfolgen. Dass auch Staaten dies verstehen, zeigt eine Äußerung aus dem „Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht“ der Bundesregierung von 2006: „Generell ist Terrorismus nicht Ausdruck einer spezifischen Kultur, er ist zunächst ein extremes politisches Kampfmittel. Terrorismus ist eine Strategie des Kampfes, die Staatsgewalt bzw. Besatzungsmacht herauszufordern und dadurch Solidarisierungswellen in den Bevölkerungsgruppen zu provozieren, als deren Avantgarde sich die Akteure verstehen. Unmittelbares Ziel ist nicht der Sieg, sondern die Verbreitung von Schrecken und Furcht, die dann [...] freilich wie 1983 in Beirut, 1989 in Afghanistan und 1993 in Somalia zu einem Rückzug des Gegners führen kann.“

Terror hier, Schweigen dort

Auch wenn die Bilder des völlig überstürzten Abzugs aus Afghanistan uns die Niederlage im „Krieg gegen den Terror“ deutlich vor Augen führen: Seine Argumentationsmuster wirken ungebrochen. Gelegentlich flammt seine immer vorhandene Gewalt wieder auf, zwischen Israel und den Palästinenser:innen zuletzt im Mai 2021. Dabei sollte im Fall der israelischen Regierung nicht übersehen werden, dass sie ständig mit „Terroristen“ verhandelt und sogar Abkommen mit ihnen unterzeichnet hat: Das israelische Justizministerium und das Verteidigungsministerium führen die PLO und die

Fatah bis auf den heutigen Tag in ihren Listen terroristischer Organisationen. Mit ersterer haben Shimon Peres und Yitzhak Rabin das Osloer Abkommen unterzeichnet und dafür den Friedensnobelpreis erhalten, mit letzterer verbindet den Staat Israel eine enge Sicherheitskooperation, da die Fatah die Autonomiebehörde und ihren repressiven Sicherheitsapparat trägt und dominiert – übrigens mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland.

Geht es der israelischen Regierung wirklich um den Schutz ihrer Bevölkerung, wenn nun ausgerechnet diejenigen als Terroristen gebrandmarkt werden, deren Stimmen gegen Landraub und Siedlungspolitik genauso aufbegehren wie gegen die Unterdrückung durch die palästinensische Obrigkeit? Oder geht es darum, einen Mantel des Schweigens über anhaltende Verbrechen wie den Siedlungsbau, die Erschießung von Menschen bei Protesten und die willkürliche Verhaftung politischer Aktivist:innen zu breiten? Diese Taten werden täglich verübt. Aber anstatt darüber zu sprechen oder zu berichten, beschäftigen wir uns auf Betreiben der israelischen Regierung mit der Frage, ob sechs zum Teil mit internationalen Preisen ausgezeichnete Organisationen Terrorgruppen sind. Ziel erreicht: Die Stille nimmt zu.



Riad Othman ist eigentlich Historiker. Zurzeit ist er mit der halben Welt vernetzt, um unseren palästinensischen Partnern das Weiterarbeiten zu ermöglichen.



Reiche Zitronenernte bei der medico-Partnerorganisation UAWC.

Zwischenzeitlich hat der Militärgouverneur der Westbank die Entscheidung, sechs palästinensische NGOs per Handstreich zu terroristischen Gruppierungen zu erklären, in das dortige System des Militärregimes überführt. Damit ist alles möglich: willkürliche Inhaftierungen der Betroffenen, die Beschlagnahme von Vermögenswerten der Organisationen und dauerhafte Schließung ihrer Büros. Betroffen sind die medico-Partnerorganisationen Union of Agricultural Work Committees (UAWC) und Al-Haq. UAWC unterstützt palästinensische Bauern- und Hirtenfamilien in den von Israel kontrollierten C-Gebieten des Westjordanlands, in dem die meisten Siedlungen gebaut werden. Al-Haq dokumentiert Völkerrechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen – in der aktuellen Kooperation mit medico zum Beispiel die durch Sicherheitsdienste der Palästinensischen Autonomiebehörde bei der Niederschlagung regierungskritischer Demonstrationen im Sommer 2021.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Im Ungewissen

In Nordostsyrien droht eine erneute Eskalation

Von Anita Starosta

Es ist schon traurige Routine. In regelmäßigen Abständen fragen wir bei unseren Partnerorganisationen in Nordostsyrien (kurdisch: Rojava) nach, ob sich die Kriegsdrohungen Erdogans bald bewahrheiten werden. Auch die Antworten der Kolleg:innen des Kurdischen Roten Halbmonds, der vor Ort unerlässliche Nothilfe- und Gesundheitsarbeit leistet, ähneln sich: Sie seien auf den Ernstfall vorbereitet. Sollte das türkische Militär in der Grenzregion angreifen, können sie evakuieren und die Notversorgungen organisieren. Aktuell ist wieder wahrscheinlicher geworden, dass der Ernstfall bald eintritt. Denn in der Türkei ist ein altbekannter Reflex am Werk: Läuft es für das AKP-Regime innenpolitisch nicht gut, wird die nationale Einheit über die außenpolitische Agenda beschworen. So auch jetzt.

Im Land spitzt sich die Wirtschaftskrise zu. Es kursieren Gerüchte über eine schwere Krankheit Erdogans und in der Bevölkerung schwindet die Akzeptanz der türkischen Flüchtlingspolitik. Und über all dem schwebt die Sorge, die Regierungspartei könne bei den nicht mehr allzu fernen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen massiv Stimmen verlieren. Es passt also ins gewohnte Schema, dass das Parlament das Mandat für Auslandseinsätze der türkischen Armee im Irak, wo die Armee Stellungen der kurdischen Guerilla beschießt, und in Syrien – gegen die Stimmen der Opposition – um zwei Jahre verlängert hat. Gleichzeitig hat der Außenminister die Kriegsandrohungen Erdogans bekräftigt und lässt verlauten, in Syrien gehe es ihnen vor allem um die Regionen

westlich des Euphrats. Dies bedeutet, dass Tel Rifat eingenommen werden soll. Für die dort in dem Flüchtlingslager Sheba lebenden knapp 100.000 Kurd:innen aus Afrin ist das eine Drohung. Aber auch die symbolträchtige Stadt Kobanê könnte von den aktuellen Plänen betroffen sein. Sie liegt genau in dem Grenzstück zwischen Gebieten, die ohnehin schon von türkischen Milizen kontrolliert werden. Doch auch an anderen Grenzorten kommt es bereits zu Kriegshandlungen. Am 9. November etwa traf eine türkische Drohne ein ziviles Fahrzeug in der Grenzstadt Qamişlo und tötete die drei Insassen. Für die Bevölkerung beginnt damit wieder eine Zeit der steten Angst und Ungewissheit vor dem, was kommen kann.

Drei Autokraten am Tisch

Ob die Kriegspläne Wirklichkeit werden, wird ohne die unmittelbar Betroffenen – die nordostsyrische Selbstverwaltung – verhandelt. Stattdessen sitzen vor allem drei Autokraten am Tisch: Assad, der in Syrien im 11. Bürgerkriegsjahr wieder fest im Sattel sitzt, sein „Retter“ Putin und Kontrahent Erdogan. In ihrem Machtpoker geht es neben der Zukunft von Rojava auch um die von Idlib im Nordwesten des Landes, wo bis heute drei Millionen syrische Flüchtlinge unter Kontrolle Türkei-naher Milizen und islamistischer Rebellen ohne Perspektive festsitzen. Das von Russland gestützte Assad-Regime will diese Gebiete unter eigene Kontrolle bringen, während die Türkei um jeden Preis verhindern will, dass weitere Flüchtlinge über die Grenze

kommen. Seit die Selbstverwaltung im September 2019 das syrische Militär – und damit den russischen Partner – um Unterstützung im Kampf gegen den damaligen türkischen Angriff gerufen hat, ist die Situation auch im Nordosten verworren. Russland kontrolliert in den Gebieten der Selbstverwaltung das Grenzgebiet und den Luftraum, während sich die US-Militärs weitestgehend ins Landesinnere zurückgezogen haben. Die Bidden-Administration hält der Selbstverwaltung und

den kurdischen Streitkräften besonders im Kampf gegen den islamischen Staat weiterhin die Treue, der militärische Einfluss der USA vor Ort scheint jedoch zu schwinden.

Föderalismus oder Zentralstaat?

Die Bevölkerung lebt in einer zermürbenden Ungewissheit. Dabei werden die Türkei und ihre isla-



Die Beerdigung der Opfer des türkischen Drohnenangriffs vom 9. November wurde zur Protestaktion.

mistischen Söldnergruppen als größte, direkte Bedrohung wahrgenommen. Zu tief sitzen noch die Erinnerungen an die letzte große türkische Militäroffensive im September 2019. Damals flohen kurzzeitig Hunderttausende aus dem Grenzgebiet, um sich in Sicherheit zu bringen. Viele konnten wieder zurückkehren, aber bis heute sind noch mindestens 10.000 Menschen in dem damals vom Kurdischen Roten Halbmond errichteten Flüchtlingslager Washonkani untergebracht. Sie stammen aus Dörfern, die in der nun türkisch besetzten Zone liegen.

Dass Assad immer häufiger auch international wieder mit am Verhandlungstisch sitzt, wenn über humanitäre Hilfe oder die politische Zukunft Syriens gesprochen wird, erhöht die Angst vor einem Autonomieverlust der Selbstverwaltung. Bislang hat sich das Regime in Damaskus auf keine Angebote für ein föderales Syrien eingelassen. Sollte sich das Konzept von Syrien als zentral regiertem Nationalstaat durchsetzen, könnte vieles infrage stehen, was die Selbstverwaltung in den vergangenen Jahren mühsam reorganisiert und aufgebaut hat: Öffentliche Infrastrukturen, etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bedeuten für die Bevölkerung echte Verbesserungen der Lebensverhältnisse. Umso wichtiger wäre es, dass Nordostsyrien einen abgesicherten, auch international anerkannten Autonomiestatus erlangt. Ohne diesen wird sich das demokratische und multiethnische Projekt Rojava in diesem geopolitisch stark aufgeladenen Konfliktfeld nur schwer behaupten können.



Anita Starosta ist bei medico in der Öffentlichkeitsarbeit für die Türkei, Nordsyrien sowie den Irak zuständig und hat sich dank der Partnerorganisationen mehrfach vor Ort ein Bild von der Situation in Rojava machen können.



Allein in Rojava sind aktuell 5.000 Menschen auf eine Prothese angewiesen, schätzt der Kurdische Rote Halbmond.

Ungeachtet der objektiven Bedrohung setzen sich medico-Partner:innen vor Ort dafür ein, Grundlagen für eine demokratische und gerechte Zukunft zu legen. In Kürze wird zum Beispiel in Qamişlo ein Prothesenzentrum eröffnet. Damit wird es endlich ein Rehaszentrum für Tausende Kriegsversehrte geben. Auch die Menschenrechtsarbeit „Right Defense Initiative“ zeugt von dem Willen, eines Tages Gerechtigkeit zu erlangen. Die Anwält:innen dokumentieren Fälle von Übergriffen, Enteignungen und Straftaten, die besonders von türkischen Militärs und islamistischen Milizen begangen wurden – mit dem Ziel, dass über sie eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof Recht gesprochen wird. Aktuell gilt: Je größer die Ungewissheit in der Region ist, umso wichtiger ist unsere Solidarität und Unterstützung.

Spendenstichwort: Rojava

Kein Weg zurück

Militärputsch im Sudan: Die Zivilgesellschaft wehrt sich, auch gegen faule Kompromisse des Westens

Von Mihera Abdel Kafi

Am Morgen des 25. Oktober ließ der Befehlshaber der sudanesischen Streitkräfte den Premierminister Abdallah Hamdok und weitere zivile Mitglieder des Übergangskabinetts zwischenzeitlich verhaften. Generalleutnant Abdel Fattah Burhan erklärte die Übergangsverfassung des Landes, die den Weg zu freien und demokratischen Wahlen ebnet, für nichtig. Und er verkündete, er werde das Land mit dem Militär über die nächsten zwei Jahre zu den Wahlen führen. Die vermeintliche „Erfolgsstory Sudan“ der internationalen Gemeinschaft ist damit endgültig gescheitert.

Für die meisten Sudanesis:innen kommt der Putsch wenig überraschend. Die Geschichte des Landes seit der Unabhängigkeit 1956 hat immer wieder gezeigt, dass dem Militär nicht zu trauen ist. So hatte sich der langjährige Präsident Omar al-Bashir 1989 an die Macht geputscht und eine islamistische Militärdiktatur errichtet. Als im Dezember 2018 Millionen von Menschen auf die Straße gingen und gegen eben diese Herrschaft aufbegehrten, waren die Forderungen nach einem Ende der Militärherrschaft laut und deutlich. Nach anhaltenden Protesten waren es im April 2019 dann die eigenen Generäle, die Bashir entmachteten und absetzten. Der Bevölkerung reichte dieser reine Personalwechsel an der Staatsspitze jedoch nicht. Aus allen Teilen des Landes kamen Menschen nach Khartum, um vor dem Militärhauptquartier zu demonstrieren. Sie forderten den kompletten Rückzug des Militärs. Dieses war jedoch nicht bereit, seine über dreißig Jahre aufgebaute politische und

wirtschaftliche Macht abzugeben. Im Gegenteil: Am 3. Juni 2019 lösten das Militär und die paramilitärischen Janjaweed-Milizen das Protestcamp brutal auf. Mit mehr als 120 Toten, unzähligen Verletzten und Hunderten bis heute Verschwundenen brannte sich der Tag als das „Massaker von Khartum“ in das sudanesisches Gedächtnis ein.

Die rote Linie ist überschritten

Was tat die internationale Gemeinschaft? Statt auf eine zivile Regierung zu pochen, appellierte sie an die Militärs, sich mit den von dem Oppositionsbündnis Forces of Freedom and Change (FFC, Kräfte für Freiheit und Wandel) vertretenen zivilen Kräften auf einen Kompromiss zu einigen. Im August 2019 wurde dann, vermittelt durch die Afrikanische Union und Äthiopien, eine Übergangsverfassung verabschiedet. Über ein Jahr später, im Oktober 2020, sind im sogenannten Friedensvertrag von Juba die ehemaligen Bürgerkriegsparteien und bewaffneten Bewegungen in den Übergangsprozess mit aufgenommen worden. Ab November 2021, so die Vereinbarung, sollte das Militär sich aus dem Prozess zurückziehen und Präsident Hamdok den Weg zu demokratischen Wahlen führen lassen. Am 25. Oktober erfolgte der Putsch durch General Burhan.

Das Volk strömte sofort auf die Straße. Daraufhin wurden Internet und Mobilfunknetz stillgelegt, der internationale Flugverkehr eingestellt und die Lan-

desgrenzen geschlossen. Die Repressionen waren enorm. Trotzdem wurden ein Generalstreik und für den 30. Oktober landesweite Proteste ausgerufen. Millionen Sudanese:innen schlossen sich dem an. Treibende Kraft hinter den Streiks und den geplanten Protesten sind nun jedoch nicht mehr die FFC, die Verhandlungspartner von 2019, sondern die Neighborhood Resistance Committees. Als Graswurzel-Organisationen vertreten diese „Widerstandsgruppen in den Nachbarschaften“ zusammen mit den Gewerkschaften den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Sie waren auch in den vergangenen beiden Jahren die treibenden Kräfte hinter den Protesten gegen die Missstände im Land.

Anders als für die FFC ist für sie eine Zusammenarbeit mit dem Militär nicht nur undenkbar, sondern auch unmöglich. Burhan und sein Stellvertreter, der Anführer der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF, ehemalige Janjaweed-Milizen) Mohamed Hamdan Dagalo, auch Hemedti genannt, waren enge Vertraute von Diktator al-Bashir. Sie sind mitverantwortlich für den Genozid, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur, den Nuba-Bergen und im Blue-Nile-Staate. Auch nach dem Massaker am 3. Juni 2019 kam es auf ihren Befehl hin in den letzten zwei Jahren immer wieder zu brutalen Angriffen der Polizei, des Militärs und der RSF auf Protestierende in Khartum wie auch gegen die einfache Bevölkerung in den Gegenden fernab der Hauptstadt.

Zwar behauptet Burhan inzwischen, er sei doch um einen „demokratischen Übergang“ bemüht. Mit dem Putsch aber hat er endgültig eine rote Linie überschritten, für die Menschen im Sudan gibt es kein Zurück mehr. So mag der General erste Minister wieder aus der Haft entlassen haben. Doch allen ist klar, dass er dies vor allem auf Druck der internationalen Gemeinschaft getan hat. Für die meisten Menschen im Sudan ist eine weitere Zusammenarbeit mit dem Militär unvorstellbar. Sie mögen durch den andauernden Internet-Shut-

down vom Rest der Welt abgeschottet sein und untereinander kaum in Kontakt treten können. Sie gehen trotzdem auf die Straße und erheben ihre Stimme in sozialen Medien. Und sie stellen klare Forderungen auf: Der Militärputsch soll beendet werden, die Strafverfolgung der Putschisten und ihrer Anhänger eingeleitet und die volle Macht an die Zivilbevölkerung übergeben werden. Jegliche Verhandlungen mit dem Militär und dem Sicherheitsapparat, selbst mit internationaler Vermittlung, lehnen sie ebenso ab wie die künftige Einmischung des Militärs oder anderer bewaffneter Gruppen in politische Prozesse. Um ein Leben in Freiheit und Würde für alle Sudanese:innen zu garantieren, sollen die bestehenden Strukturen des Militär- und Sicherheitsapparates aufgelöst und im Interesse aller handelnden Akteure durch zivile Kräfte ersetzt werden. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, so die Haltung in den Widerstandskomitees, werde die Revolution im Sudan anhalten – so lange, bis sich das Militär endgültig zurückzieht.

In Reaktion auf den Putsch haben die USA, Deutschland und andere Staaten ihre Hilfen für den Sudan vorläufig eingestellt. Doch Burhan und Hemedti können das verschmerzen. Sie haben starke Verbündete in Ägypten, Russland, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die sie strategisch, finanziell und materiell unterstützen. Der Westen drängt auf eine Einigung zwischen Militärs und Zivilisten. Doch für die erstarkten sozialen Bewegung gibt es kein Zurück und keinen Kompromiss mit den Militärs.



Mihera Abdel Kafi ist in Berlin aufgewachsen und Mitglied von Sudan Uprising Germany. Das von medico geförderte Kollektiv hat sich 2019 gegründet, um die Revolution im Sudan zu unterstützen und auf die Rolle Deutschlands und der EU im Khartum-Prozess aufmerksam zu machen.

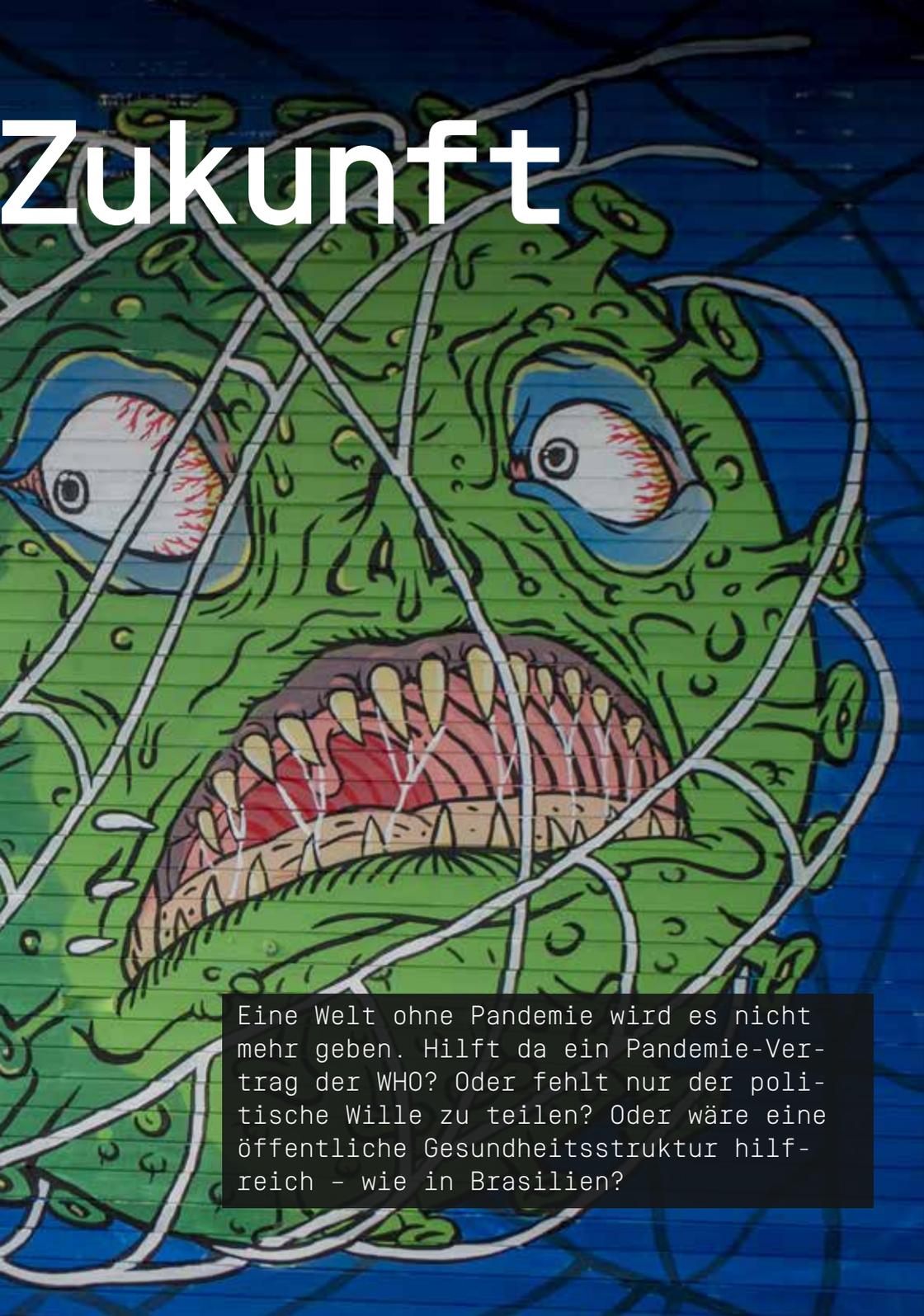
Eine Covid-

Foto: Antara Foto/Noorhamad Ayudha/via REUTERS

Corona hält die Welt in Atem. Wandbild auf der indonesischen Insel Java.

Foto: REUTERS/Regan Ward

Zukunft

A stylized illustration of a green, multi-eyed creature with a large, open mouth showing sharp teeth, set against a blue background with white, branching lines. The creature has several pairs of eyes, some with blue sclera and red, vein-like patterns. The overall style is reminiscent of a comic book or pulp magazine illustration.

Eine Welt ohne Pandemie wird es nicht mehr geben. Hilft da ein Pandemie-Vertrag der WHO? Oder fehlt nur der politische Wille zu teilen? Oder wäre eine öffentliche Gesundheitsstruktur hilfreich - wie in Brasilien?

Der Pandemie-Vertrag bei der WHO – eine notwendige Idee oder ein politisches Ablenkungsmanöver?

Von Andreas Wulf

Unmittelbar leuchtet diese Idee ein: Die unzureichende internationale Kooperation und das egoistische Handeln der Staaten in der Covid-Pandemie rufen geradezu danach, die multilateralen Instrumente und Akteure zu stärken, die Weltgesundheitsorganisation ins Zentrum des Handelns zu rücken und mit einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung verbindlichere Absprachen in Vertragsform zu gießen, solange die Dringlichkeit noch allen vor Augen steht, weil die Pandemie immer noch nicht vorbei ist. Denn allzu oft schon hat der politische Zyklus von Panik und Vernachlässigung die Erfahrung bestätigt: Ist die Katastrophe erst einmal vorbei, dann treten wieder die nächsten Weltprobleme in den Vordergrund, Ressourcen werden für die nächste (nationale) Krise gebraucht und die Sonntagsreden von der globalen Solidarität bleiben folgenlos.

Genauso haben sich das wahrscheinlich auch die europäischen (und die darin gewichtigen deutschen) Diplomaten gedacht, die mit ihrem politischen und finanziellen Einfluss die WHO im letzten Jahr nach dem angedrohten Ausstieg der US-Administration unter Trump und den massiven geopolitischen Machtspielen zwischen China und den USA buchstäblich über Wasser gehalten haben.

Sollten sich also nicht alle Länder hinter einer solchen Idee versammeln und schleunigst die Verhandlungen zu einem solchen (Rahmen-)Vertrag anfangen? Ein Vertrag, der die

verpflichtende Kooperation, das uneigennütziges Teilen von Daten, pathogenen Erregern, Forschungsergebnissen und Ressourcen zu Prävention, Vorbereitung und Bekämpfung der nächsten Pandemien und zur Stärkung der Gesundheitssysteme weltweit enthalten müsste. Ist das nicht eine gute Idee? Oder vielleicht nur gut gemeint? Oder gar noch ganz etwas anderes?

Tatsächlich ist es in der internationalen Politik ähnlich wie bei den nationalen Anstrengungen, um eine möglichst hohe Impfquote zu erreichen. Ohne das Vertrauen in die guten Absichten der Akteure bleibt die Skepsis, dass sich dahinter andere Agenden und Interessen verbergen. Ist diese Skepsis bei den Impfverweigerern zumeist Verschwörungsgedanken oder gezielte rechtsradikale Instrumentalisierung, hat das in der globalen Gesundheitspolitik einen handfesten Erfahrungshintergrund.

Ist der Pandemie-Vertrag nicht vielleicht nur ein Ablenkungsmanöver vom heiß umkämpften Feld der geistigen Eigentumsrechte bei der Welthandelsorganisation, über das wir schon mehrfach im medico-rundschreiben berichtet haben? Wie glaubwürdig ist eine Europäische Union und eine Bundesregierung, die sich weigert der Aussetzung des Patentschutzes auf dringend benötigte Medizingeräte, Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe zuzustimmen und einen beschleunigten Technologietransfer von den Herstellern einzufordern

und sich damit gegen eine breite öffentliche Meinung von Fachleuten, Aktivist:innen, Prominenten bis hin zum Papst und eine deutliche Mehrheit der Staaten in der WTO stellen? Würde in einem Pandemie-Vertrag tatsächlich dem verpflichtenden Teilen von Informationen über

Skepsis über die vermeintlich guten Absichten sind bei der Weltgesundheits erfahrungsgemäß angebracht.

die Krankheitserreger auch ein verpflichtendes Teilen der Impfstoffe, Medikamente und gar noch der Technologie und des Wissens folgen, dem sich die großen Pharmaunternehmen und die alten Länder des Globalen Nordens aktuell so beharrlich verweigern?

Es ist nicht gerade vertrauenerweckend, dass die reichen und mächtigen Regierungen immer wieder fragwürdige Konzepte auf den Tisch legen. So debattierte die G20 in Rom eine ganz neue Pandemie-Lenkungs-Architektur: Einen Global Health Threats Council auf UN-Ebene mit Global Health Threats Board mit den G20-Staaten, Internationalen Organisationen und rotierender Präsenz von „hauptbetroffenen Ländern“ und einen neuen Global Health Threat Fund bei der Weltbank, bei der formal die WHO „im Mittelpunkt“ stehen solle, aber de facto doch nur ein Gastgeber wäre, wie wir das schon bei der Covid-19-Pandemie-Struktur ACT-A [Access to Covid-19 Tools-Accelerator] sehen, die von den großen Public Private Partnerships GAVI, FIND, CEPI, Global Fund dominiert werden. Daraus ist zunächst eine G20 Joint Finance Health Task Force der Gesundheits- und Finanzminister der G20-Staaten entstanden, wenn auch ohne konkrete Finanzzusagen.

In einer solchen Kakophonie der sich überschlagenden Vorschläge und Initiativen den Überblick zu behalten und gar (ver)handlungsfähig zu sein, ist für die meisten, personell und finanziell bescheiden ausgestatteten, Delegationen der Mitgliedsstaaten aus dem Globalen Süden in Genf beim Sitz der WHO schwer möglich. Hier sind Bedenken, dass sich alle Anstrengungen zunächst auf die rasche Bewältigung der Pandemie zu konzentrieren haben, und nicht auf mühsame multilaterale Verhandlungen, ernst zu nehmen.

Die Stimmen aus dem Globalen Süden sind auch bei der formal so demokratisch organisierten WHO, bei der jedes Land eine Stimme hat, nicht von gleichem Gewicht. Deshalb hat der Geneva Global Health Hub in einer eigenen Recherche solche Stimmen eingeholt und verstärkt sie mit dem Gewicht der kritischen zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit. So zum Beispiel in dem Workshop beim World Health Summit, bei dem Unni Karunakara den nachfolgenden Beitrag gehalten hat. Diese kritische Debatte wird fortgesetzt, vor und unmittelbar während der Sondersitzung der Weltgesundheitsversammlung, auf der über den Pandemie-Vertrag beraten wird, die noch in diesem Jahr stattfindet. Diese Debatten sind ein Beitrag zu einer tatsächlichen Demokratisierung der politischen Weltverhältnisse.



Andreas Wulf ist nach wie vor der einzige Mediziner bei medico, einer mit Fachwissen und politischer Haltung.

Eine Frage von Leben und Tod

Es fehlt der politische Wille der reichen Länder, die Weltgesundheit zu dekolonisieren

Von Unni Karunakara

Regelmäßig findet in Berlin im frühen Herbst der World Health Summit statt, der mit schönen Worten um das Recht auf Gesundheit nicht geizt, um zugleich eine Idee von globaler Gesundheit zu propagieren, die die privaten Interessen der Gesundheitsindustrie ohne nachzudenken mit den Gemeinwohlinteressen in eins setzt. *medico* hat deshalb u.a. gemeinsam mit dem Geneva Global Health Hub (G2H2) eine Veranstaltung mit einem kritischen Angang organisiert, die auf großes Interesse unter Akteur:innen der Weltgesundheit stieß. In einer digitalen Podiumsdiskussion beschäftigten sich Expert:innen mit dem derzeit in der WHO debattierten Pandemie-Vertrag. Nachfolgend veröffentlichen wir die sehr kritische Beschäftigung mit dem geplanten Pandemie-Vertrag von Unni Karunakara.

Die zentrale Frage lautet: Kann ein Vertrag ein Ausweg sein, um künftige Pandemien besser zu bewältigen? Ich frage mich, warum gerade jetzt über einen solchen Vertrag gesprochen wird? Wir stecken noch mitten in der Pandemie und müssen von 250 Millionen Infizierten und mindestens fünf Millionen Toten ausgehen – und das ist wahrscheinlich eine zu niedrige Annahme. 6,8 Milliarden Impfdosen sind eingesetzt worden. Drei Milliarden Menschen müssen noch geimpft werden und die meisten von ihnen leben in armen Ländern. Also müsste der globale und universelle Zu-

gang zur Impfung die allererste Priorität haben und nicht künftige Pandemien.

Haben wir bereits alle Lehren gezogen, die wir aus dieser Pandemie lernen können? Und können all die Fehler, die wir in der globalen Kooperation und in der Solidarität gemacht haben, damit begründet werden, dass die vertraglichen Rahmenbedingungen für ein besseres Vorgehen fehlten? Oder ist es nicht vielmehr eine Frage des fehlenden politischen Willens?

Ich kenne die Argumente des WHO-Generaldirektors Dr. Ghebreyesus Tedros und anderer, die sich für einen Vertrag stark machen, weil sie das Momentum unter der Pandemie nutzen wollen, um sich auf die nächste Pandemie vorzubereiten. Tatsache ist aber, dass wir bereits Rahmenrichtlinien und Instrumente besitzen, mit denen wir diese und folgende Pandemien gemeinsam bewältigen könnten. Was aber offenkundig fehlt, ist der politische Wille, weltweit die wichtigsten Ressourcen und Mittel zu teilen, um dies zu tun. Wir wissen doch, welche Länder diese Ressourcen, die Impfstoffe und die wichtigsten Medizinprodukte zurückgehalten und nicht geteilt haben, unabhängig von den existierenden Vereinbarungen.

Die vorhandenen globalen Solidaritätsmechanismen haben versagt. Sie haben nicht das zur Verfügung gestellt, was sie versprochen haben. Neh-

men wir Covax [Covid-19 Vaccines Global Access]. Nur 30 Prozent der 600 Millionen Impfdosen, die versprochen und angekündigt wurden, stehen bislang zur Verfügung. Und das Ende 2021! Während wir unfähig sind, die Produktion zu erhöhen, um lebensrettende Impfstoffe universell zugänglich zu machen, entstehen neue Varianten, die schwerwiegende Folgen haben. Wir haben es nicht geschafft, das Virus und seine neuen Varianten zu überholen. Dabei wissen wir genau, welche Länder Big Pharma erlaubt haben, Monopole zu bilden und enorme Gewinne an der Pandemie zu machen, während Milliarden Menschen ohne Impfstoffe sind.

Über 100 Länder forderten einen TRIPS-Waiver bei der Welthandelsorganisation WTO. Aber es gelang einer Handvoll Ländern, dies zu blockieren. [Der Trips-Waiver, ein Vorschlag von Indien und Südafrika, sah vor, Patentrechte während der Pandemie außer Kraft zu setzen, um weltweit die Produktion von Impfstoffen zu ermöglichen, d.Red.] Und interessanterweise sind es genau diese Länder, die jetzt den Pandemie-Vertrag vorschlagen und betreiben. Da kann man schon Verdacht schöpfen, dass er wenig mehr ist als ein Ausweichmanöver, um sich um die eigentliche Frage herumzudrücken.

Samthandschuhe für Big Pharma

Die Länder, die den TRIPS-Waiver verhindert haben, reden nun freiwilligen Leistungen der Pharmaindustrie das Wort, um universellen Zugang zu essenziellen Covid-Medikamenten zu gewährleisten. Sie behandeln also Big Pharma mit Samthandschuhen, während sie in dem Vertragsentwurf eine ganz andere Tonart gegenüber dem Globalen Süden anschlagen. Hier insistieren sie darauf, dass das Teilen von Informationen mit anderen Regierungen und der WHO verpflichtend ist. Sie verlangen per Vertrag, dass der Globale Süden unabhängige Überprüfungen bezüglich Gesundheitsdaten zulassen müsse. Damit wird unter-

stellt, dass der Globale Süden das eigentliche Problem ist, dass im Süden die Krankheiten produziert würden, die ein nationales Sicherheitsrisiko für die reichen Länder darstellten. Und das obwohl vollkommen klar ist, dass die Verbreitung Reisende aus dem Norden und sogar Diplomaten Covid-19 in vielen afrikanischen Ländern eingeführt haben. Wird es denn auch unabhängige Untersuchungen geben, wenn reiche Länder und ihre Gesundheitssysteme Missmanagement betreiben, wenn es um eine Pandemie geht?

Wir reden auch nicht darüber, welchen Druck Bill Gates auf die Forschung und Produktion der Oxford-Universität ausgeübt hat, um deren ursprüngliche Idee eines frei zugänglichen Wissens und des Technologietransfers beim Astra-Zeneca-Impfstoff zu verhindern. Eines der Argumente von Bill Gates bestand darin, dass im Süden keine Fabriken vorhanden wären, die auf dem erforderlichen technologischen Niveau Impfstoffe produzieren könnten. Gerade erst in der New York Times veröffentlichte Recherchen haben nachgewiesen, dass das komplett falsch ist. Es ist also klar, dass man mit weltweit vergebenen Lizenzproduktionen sehr wohl die Engpässe bei der Produktion von Impfstoffen schnell hätte überwinden könnte.

Es ist geradezu kurios, dass im Herzen der Ideologie vom freien Markt eine extreme protektionistische Tendenz vorliegt. Wir wissen längst, dass Patente keine Innovation befördern. Im Gegenteil, viele Patente und Patentverlängerungen verhindern Innovationen. Die Patentgesetzgebung schützt die Monopole und die Profitmöglichkeiten von Big Pharma. Allein Pfizer erwartet 3,5 Milliarden Gewinne durch den Impfstoff-Verkauf 2020/21. Dabei handelt es sich um eine Gewinnspanne von 20 Prozent. Das heißt, selbst in einer extremen Notfall-Situation stellen die reichen Länder den Gewinn privater Unternehmen vor das Wohl der Menschen. Meiner Ansicht nach hat die Privatwirtschaft die Governance- und Regierungsfähigkeit im Fall von Covid gekapert.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verteilungsfähigkeit. Mit Pandemie-Vertrag oder ohne – alle Bemühungen können nur so weit reichen, wie Verteilungskapazitäten, also eine Gesundheitsinfrastruktur, vorhanden sind, die überall Menschen den Zugang zu notwendigen Medikamenten ermöglichen. Ausgehend von dem Scheitern der globalen Solidarität – und es gibt keinen Zweifel, dass wir von einem spektakulären Scheitern sprechen müssen –, ist es absolut vernünftig, dass Länder ihre Ressourcen und Versorgungsstrukturen im Notfall vorhalten wollen, ohne auf irgendeine „Solidarität oder Barmherzigkeit“ vertrauen zu müssen. Die afrikanischen Länder und auch die Afrikanische Union haben drei Mal mehr Impfstoffe von China oder Russland erhalten als durch Covax. Jeder zukünftige Vertrag über einen globalen Solidaritätsmechanismus muss also Unternehmensinteressen widerstehen und einer veränderten geopolitischen Landschaft Rechnung tragen. Das bedeutet, dass arme Länder und Regionen einen souveränen Zugriff auf notwendige Medikamente und Lieferketten haben müssen. Man muss sich gegen den kolonialen Impuls in diesem Entwurf eines Pandemie-Vertrages zur Wehr setzen, der die Kontrolle über die Gesundheitsagenda von Ländern und Regionen zentralisieren will.

Wenn Länder und Regionen zu Recht eine Souveränität über die Lieferketten verlangen, geschieht das zu einer Zeit, da Gesundheitspraktiker und Fachleute verlangen, dass die globale Gesundheit dekolonisiert werden muss. Eine erfolgreiche Dekolonisierung bedeutet eine De-Imperialisierung. Es geht nicht nur darum, Macht und Kontrolle abzugeben, sondern es geht auch darum, Wissen und Fähigkeiten weiterzugeben und zu teilen. Eine dekolonisierte Verteilungsfähigkeit ist eine Art Pandemie-Versicherung. Wenn man sich hundert Jahre Pandemie-Bekämpfung ansieht, stellt man fest, dass immer die gleichen Fehler gemacht werden. Wir haben nicht viel gelernt. Dabei gibt es viel mehr internationale Vereinbarungen und Instanzen oder Produktionskapazitäten

als früher. Trotzdem stecken wir im dritten Jahr der Pandemie fest. Jenseits von Verträgen braucht es einen fundamentalen Wandel im Denken, um erfolgreich gegen eine Pandemie vorzugehen. Ein neuer Vertrag wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass Menschen, insbesondere in den armen Ländern, als Überflüssige behandelt werden und keinen Schutz erhalten.

Wir leben in einer multipolaren Welt mit einem wachsenden Nationalismus und immer weiter wachsenden Ungleichheiten. Globale Solidarität heißt, das Leiden genauso wie die Errungenschaften zu teilen. In Zeiten der Pandemie ist das buchstäblich eine Frage von Leben und Tod.



Unni Karunakara hat viele Jahre in unterschiedlichen Funktionen für Ärzte ohne Grenzen gearbeitet und forscht derzeit u.a. in Yale zur globalen Gesundheitsgerechtigkeit.

Für eine tatsächliche Demokratisierung der politischen Weltverhältnisse streitet medico seit 20 Jahren gemeinsam mit dem People's Health Movement (PHM), dem globalen Netzwerk, das gesundheitspolitische Aktivist:innen aus dem Globalen Süden und Norden verbindet. Das Geschehen in und um die WHO verfolgen die WHO-Watcher kritisch, die alljährlich den zentralen Tagungen der WHO beiwohnen, Stellungnahmen einbringen und das Gespräch mit den nationalen Delegationen der Mitgliedsstaaten suchen. Ergänzt und unterstützt wird diese wichtige Arbeit auch vom 2016 gegründeten Geneva Global Health Hub [G2H2], in dem medico Mitglied ist und maßgeblich zur Finanzierung beiträgt.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Hoffnungszeichen

Brasilien: Die erfolgreiche Impfkampagne verdankt sich dem öffentlichen Gesundheitssystem. Der Anfang von Ende Bolsonaros?

Von Antonio Martins

Brasilien erlebte mit der Pandemie eine seiner schlimmsten Tragödien. In Zahlen ausgedrückt: Die 210 Millionen Einwohner:innen entsprechen etwa 2,7 Prozent der Weltbevölkerung. Die 611.000 Corona-Toten des Landes hingegen stellen 12 Prozent der weltweit gezählten Opfer der Pandemie dar. Das ist das Ergebnis einer Regierungspolitik, die das Problem nicht nur leugnet. Sie hat aktiv die Sabotage möglicher Antworten betrieben. So erklärte Bolsonaro, immerhin der Präsident des Landes, wiederholt, dass er den im eigenen Land, im Institut Butantan in São Paulo hergestellten Impfstoff nicht vertreiben werde, weil er von einer chinesischen Firma entwickelt worden sei.

Es änderte sich allerdings alles, als trotz der Haltung der Regierung ab März dieses Jahres die Impfungen begannen. Brasilien verfügt über eines der größten öffentlichen Gesundheitssysteme der Welt, das SUS (Sistema Unica de Saude), ein Erbe der Bürgerverfassung von 1988. Teil des SUS ist das nationale Impfprogramm, das jährlich Millionen von Kindern impft und im ganzen Land bis in den letzten Winkel vertreten ist. Außerdem gibt es in Brasilien zwei öffentliche Institutionen, das Butantan und die Fundation Oswaldo Cruz, die eine lange Erfahrung in der Produktion von Impfstoffen haben. Obwohl sie in den letzten Jahren systematisch unterfinanziert wurden und so technologische und finanzielle Rückschläge erlitten, gelang es ihnen, die von Sinovac und Astra Zeneca entwickelten Impfstoffe zu produzieren.

So kommt es, dass die Todeszahlen wie auch die Rate der Bettenbelegung in den Intensivstationen seit April konstant fallen. Die Impfungen werden angenommen. Weniger als vier Prozent der Brasilianer:innen wollen sich nicht impfen lassen. Zurzeit sind fast 60 Prozent der Bevölkerung vollstän-

Weniger als vier Prozent wollen sich nicht impfen lassen.

dig geimpft, 76 Prozent haben wenigstens eine Dosis erhalten. Damit liegt die Impfrate in Brasilien höher als in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien oder Deutschland. Inmitten der Katastrophe hat das öffentliche Gesundheitssystem die Oberhand behalten über die Verneinungs- und Sabotagestrategie Bolsonaros.

Ungeachtet dessen setzt die Regierung die Unterfinanzierung des SUS fort. Ob diese über die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2022 hinaus Bestand haben wird, ist offen. Die aktuellen Umfragen sehen Ex-Präsident Lula vorne. Aber in einem Jahr kann viel geschehen. Es gilt also den politischen Kampf gegen Bolsonaro aufrechtzuerhalten und zu intensivieren. In drei Jahren an der Macht hat dieser faschistische Präsident die Entstehung bewaffneter Milizen gefördert, die unter anderem für die Ermordung von Marielle Franco verantwortlich

sind. Unter ihm sind ultrarechte Banden entstanden, die immer wieder einem Militärputsch das Wort reden, die Abschaffung des Parlaments und des Obersten Gerichtshofes fordern und unaufhörlich Fake News über ihre politischen Gegner veröffentlichen. Diese Regierung hat alles unternommen, um entgegen der Verfassung die partizipative Demokratie abzuschaffen.

Wie das Programm einer Linken um einen möglichen Präsidenten Lula aussehen wird, ist eine schwierige Frage. Denn Lulas Kandidatur wird auch von Fraktionen unterstützt, die unter dem Einfluss der brasilianischen Oligarchie stehen und im Gegenzug für ihre Unterstützung auch entsprechenden politischen Einfluss verlangen. Auch unter ihm könnte ein politisches Patt entstehen, das grundlegende Veränderungen verhindert. Eine Lula-Regierung hätte wahrscheinlich keine Mehrheit im Parlament und sowohl die großen Medien wie auch die Justiz gegen sich, die alle Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen die Ungleichheit zu verhindern versuchen. Es ist bekannt, dass Lula das Leiden einer großen Mehrheit politisch wahrnimmt, aber eben auch nicht bereit ist, sich ernsthaft mit den entscheidenden politischen und ökonomischen Gruppen anzulegen.

Deshalb sehen alternative Medien wie Outras Palavras ihre Aufgabe darin, Möglichkeiten zu diskutieren, wie das neoliberale Projekt in Brasilien überwunden werden kann. Sicherlich würde ein Sieg von Lula bessere Bedingungen für die notwendige gesellschaftspolitische Diskussion schaffen. Aber es wird nur dann gelingen, wenn all die Institutionen unter Druck geraten, in denen sich die Eliten verschanzen und jede Form von sozialer und wirtschaftlicher Demokratisierung verhindern. Allein die katastrophale ökonomische Situation macht es notwendig. Seit dem Sturz von Präsidentin Dilma Rousseff 2016 erlebt das Land einen schweren wirtschaftlichen Niedergang. Das Bruttoinlandsprodukt ist auf ein Niveau von vor 20 Jahren gesunken. Brasilien verfügte einmal über die sechstgrößte

Industrieproduktion der Welt, heute liegt das Land auf Platz 16. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betreffen über die Hälfte der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Und der Hunger ist zurück, jede zweite Familie leidet unter Ernährungsunsicherheit. Das Projekt der herrschenden Klassen besteht in der Rekolonisierung Brasiliens: Das Land ist wieder in erster Linie Produzent von landwirtschaftlichen und extraktivistischen Rohstoffen.

Eine neue Regierung steht vor der Herausforderung, einen Green New Deal zu entwickeln, wie er in den USA von Alexandra Ocasio-Cortez und Bernie Sanders vorgeschlagen wird. Ein solches Transformationsprogramm kann nur gelingen, wenn das ganze Land dafür mobilisiert ist. Es geht darum, die neoliberalen Gegenreformen in der Arbeitswelt aufzuheben. Eine solche soziale Agenda wäre sehr eng mit ökologischen Antworten verknüpft – von der Verkehrs- bis zur Energiepolitik. Ein solcher Aufbruch könnte einen großen Zuspruch in der Bevölkerung erfahren. Er würde aber auf großen Widerstand der Oligarchien und der Finanzindustrie und das sie stützende Mediensystem stoßen. Aber um nichts weniger kann es in der großen Auseinandersetzung gehen, vor der wir in den nächsten Jahren stehen.



Antonio Martins ist langjähriger Partner von *medico international* und Chefredakteur des alternativen Internetportals *Outras Palavras*.

medico unterstützt das alternative Medienportal *Outras Palavras*, das auch einen Newsletter zu Gesundheitsthemen herausgibt, um die bedeutende gemeinwohlorientierte Gesundheitsbewegung zu unterstützen.

Spendenstichwort: Brasilien



Während in Nicaragua Scheinwahlen stattfanden, protestierten exilierte Nicaraguaner:innen in San José, Costa Rica.

FREI ERFUNDEN

Zu den Wahlen in Nicaragua

Daniel Ortega hat die Wahlen in Nicaragua gewonnen. Auf dem zweiten Platz landete Daniel Ortega, knapp vor dem drittplatzierten Daniel Ortega. So machte sich das Netz am Montag nach der Wahl-Farce in Nicaragua lustig über die Erfolgsmeldungen der sandinistischen Partei. Nur mit Humor ließ sich ertragen, was in seiner immer heftigeren repressiven Zuspitzung selbst schon eine satirische Seite hatte. 75 Prozent der Stimmen für die längst nicht mehr revolutionäre FSLN bei 65 Prozent Wahlbeteiligung seien es gewesen, erklärte die nicaraguanische Wahlbehörde. Von einer zivilgesellschaftlichen Beobachtungsmission (ausländische Journalist:innen wurde die Einreise verwehrt) hieß es dagegen, sie schätze die Wahlenthaltung auf 81 Prozent. Unabhängige Umfragen in den vergangenen Wochen ergaben, dass 65 Prozent der Befragten für eine:n der inhaftierten oppositionellen Kandidat:innen stimmen würden und nur 19 Prozent erklärten ihre Absicht, Ortega zu wählen.

Vielleicht interessanter als die Farce selbst sind die Reaktionen auf das Ergebnis, das ja ohnehin schon länger vorhersagbar war. Während sich die USA, die Europäische Union, aber auch Peru und Argentinien in ihrer Ablehnung einig waren, überrascht es auf der anderen Seite nicht, dass Kuba, Venezuela, Syrien und Russland Ortega zum Wahlsieg gratulierten. So wie auch die salvadorianischen Ex-Revolutionäre der FMLN. Mauricio Funes, früher FMLN-Politiker und Präsident von El Salvador, präsentierte sich auf Twitter mit blauem Daumen, nachdem er seine Stimme abgab. Um sich nach seiner Abwahl Korruptionsermittlungen zu entziehen, war Funes nach Nicaragua geflohen und bekam 2019 die nicaraguanische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Ebenso wie sein Nachfolger Salvador Sánchez Ceren (auch FMLN) und in naher Zukunft wohl auch der noch amtierende honduranische Präsident Juan Orlando Hernández (politisch gar nicht links), dem vorgeworfen wird, mit Drogenkartellen zusammenzuarbeiten. Nicaragua als sicherer Unterschlupf der nicht mehr ganz so mächtigen politischen Kriminellen der Region.

In Costa Rica und an vielen anderen Orten der Welt fanden dagegen Demonstrationen statt, auf denen die politischen Vertriebenen demonstrierten: für die Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der Demokratie in Nicaragua. Ohnmächtig, aber selbstbewusst.

Moritz Krawinkel

Im Zentrum steht die politische Verbundenheit

Ein Gespräch mit der scheidenden Abteilungsleiterin Karin Urschel über medicos Verständnis von Kooperationen



Foto: medico

Neben der Leitung der Projektabteilung hat Karin Urschel bei medico auch die Kooperationen in Südamerika koordiniert. Mehr zu ihrer medico-Geschichte auf Seite 53.

Nach 17 Jahren hast du die Leitung an deinen Kollegen Till Küster übergeben, im kommenden Jahr wirst du auch die regionalen Zuständigkeiten abgeben. Ein Blick zurück: Was hat sich bei medico in den vergangenen Jahren aus deiner Sicht verändert?

Ausgehend von dem immer schon breiten Verständnis von dem, was Gesundheit ausmacht und erfordert, ist es gelungen, dies auch in neuen Feldern zu erproben. 2006 etwa haben wir die Arbeit im Bereich Flucht und Migration aufgenommen, die seither stetig an Bedeutung gewonnen hat. In

den vergangenen Jahren ist der Bezug auf feministische Bewegungen stärker geworden. Und die Klimakrise bzw. das Thema Klimagerechtigkeit stehen auch seit einigen Jahren verstärkt auf der Agenda. Es ist gut, dass es medico gelungen ist, solche Entwicklungen aufzugreifen und mit zu befördern. Auffällig auch, wie sehr die Abteilung und medico insgesamt gewachsen sind. Wir haben im Moment in 33 Ländern aktive Partnerschaften, das ist deutlich mehr als Anfang des Jahrtausends. Neben der Erweiterung der thematischen Arbeitsbereiche sind auch Kooperationen in neuen Regionen entstanden.

Bei medico gibt es aktuell eine andere Veränderung: Die Abteilung, der du so lange vorstehst, hat sich umbenannt. Aus der „Projektabteilung“ ist die „Abteilung für transnationale Kooperation geworden“. Wie ist es dazu gekommen?

In der Abteilung hat schon vor vielen Jahren eine Debatte darüber begonnen, ob der Begriff Projekt eigentlich zu unserem Verständnis von Zusammenarbeit mit unseren Partner:innen im Globalen Süden passt. Und wir sind uns einig, dass der Begriff für Missverständnisse sorgt und Verkürzungen mit sich bringt.

Der Reihe nach: Was ist missverständlich?

Projekt klingt danach, als würde man punktuell zusammenkommen, etwas fertigstellen und dann wieder auseinandergehen. So arbeiten wir aber gar

nicht. Wir unterstützen emanzipatorische Prozesse mit offenem Ende. Und wir gehen mit unseren Kooperationspartner:innen Beziehungen ein, die länger halten sollen, als es eine Maßnahme vorsieht. Mit der Landlosenbewegung in Brasilien arbeiten wir jetzt seit 16 Jahren zusammen. Formal läuft das über Projekte und Folgeprojekte. Worum es aber geht, ist eine politische Verbundenheit, die über die Zeit trägt. Ein anderes Beispiel: Im Zuge des Syrienkrieges ging es auch darum, Leute aus dem Land zu holen. Das haben wir gemacht. Aber das ist kein „Projekt“. Natürlich kann man alles in die Form eines Projektes gießen – Maßnahmen formulieren, Budgets kalkulieren, Finanzierungsrichtlinien festlegen und ähnliches. All das tun wir immer wieder. Vieles, was unsere Zusammenarbeit ausmacht, was wir teilen und versuchen, zusammen aufzubauen, hat aber nichts mit Geld zu

medico unterstützt emanzipatorische Prozesse mit offenem Ende und geht Beziehungen ein, die länger halten sollen, als es eine Maßnahme vorsieht.

tun. Für mich ist das das Entscheidende: Unsere Partner:innen und uns verbindet viel mehr als Projekte. Die Betonung liegt auf dem „viel mehr“. Hinzu kommt, dass der Projektbegriff ein traditionelles Geber-Nehmer-Verhältnis suggeriert. Auch das entspricht weder unserer Vorstellung von Zusammenarbeit noch der unserer Partner:innen. So wie diese sich nicht als „Umsetzer:innen von Projekten“, sondern als politische Akteur:innen verstehen, so ist es auch bei uns: Auch medico sieht sich als politisch handelnde Organisation und nicht primär als Bewilligungsinstanz.

Gleichwohl gibt medico das Geld – oder eben auch nicht. Wird dieses Machtverhältnis in einem

Begriff wie Kooperation nicht unsichtbar?

Wir können und wollen gar nicht verleugnen, dass wir in der Rolle sind, hier durch Spenden oder Zuschüsse erhaltene Gelder weiterzugeben. Es geht auch nicht darum, so zu tun, als gäbe es keine Machtunterschiede und als würde man sich, nur weil man es sich wünscht, automatisch auf Augenhöhe begegnen. Was man aber tun kann, ist, die Bedingungen der Zusammenarbeit zu reflektieren und sich permanent um eben jene „Augenhöhe“ zu bemühen. Voraussetzung dafür ist es, die Initiativen, Organisationen, Bewegungen oder Netzwerke, mit denen wir zusammenarbeiten, als eigenständig agierende politische Akteur:innen zu respektieren.

Wie stehen die Partner:innen dazu?

Eine gewisse Skepsis gegenüber der Unterstützung in Form von Projekten ist bei einigen immer schon da gewesen. Die Umbenennung ist aber von niemandem an uns herangetragen worden, der Antrieb kommt aus der Abteilung selbst. Ich will aber auch betonen: Projekt ist kein Begriff des Teufels und wir fördern auch Projekte. Nach Katastrophen wie den Tsunamis in Indonesien oder den Erdbeben in Haiti haben wir klar umrissene Nothilfefprojekte durchgeführt. Doch auch in akuten Krisensituationen zielt unser Konzept der kritischen Nothilfe darauf, Prozesse und Kräfte zu fördern, die über den Tag hinaus wirken. Und es sind eben genau die über lange Jahre aufgebauten Partnerschaftsbeziehungen, die es auch in akuten Nothilfesituationen ermöglicht haben, schnelle Hilfe zu organisieren. Für uns sind Projekte schon lange eben auch eins: Inseln der Vernunft. Und nicht Teil eines neoliberalen Projektmanagements.

Hätte die Abteilung auch vor 15 Jahren schon anders heißen können und sollen?

Die Umbenennung holt eine Entwicklung nach, die schon lange läuft. In ihr kommt zum Ausdruck, dass sich das Denken weiterentwickelt. Aber sie läutet kein neues Programm ein. Sie weist darauf hin, dass Projekte ein zwar noch notwendiger Teil

der Zusammenarbeit sind, aber eben nicht der wichtigste – und auch ein schwieriger. Tatsache ist, dass wir in verschiedensten Kontexten beobachten, dass das Denken und Arbeiten in Projekten die Arbeit unserer Partner:innen segmentiert und

Ob in festen Netzwerken oder anders: Es geht darum, Verbindungen zu schaffen und den Austausch von Erfahrungen und Perspektiven zu stärken.

die Gefahr birgt, sie zu entpolitisieren. Auf der ständigen Suche nach Finanzierungsquellen werden sie in Projekte gedrängt, die zum Teil nicht ihre sind – nur um ihre Struktur zu finanzieren, die sie zur Erreichung ihrer Ziele benötigen. Deshalb bin ich auch froh darüber, dass es uns inzwischen immerhin häufiger möglich ist, auch mehrjährige institutionelle Förderungen zuzusagen und zusammenarbeiten zu vereinbaren. Das ist noch eine Frage des Haushaltsmanagements, wie oft uns das gelingen kann. Aber es ist wünschenswert.

Vor zehn Jahren gab es bei medico gerade mal zwei „institutionelle Förderungen“, bei denen nicht einzelne Maßnahmen, sondern eben Organisationsstrukturen finanziert werden. Inzwischen sind es sehr viel mehr. Darin zeigt sich doch ein veränderter Ansatz.

Das stimmt. Und gleichzeitig spiegeln sich darin die erweiterten Möglichkeiten, die medico inzwischen hat. Man muss allerdings auch sagen, dass für viele unserer Kooperationspartner:innen eine institutionelle Förderung keine passende Form der Unterstützung ist, weil mit ihr bestimmte Anforderungen wie eine Gesamtwirtschaftsprüfung einhergehen. Eine soziale Bewegung etwa wird das gar nicht wollen. Ich sag es mal so: Wir schätzen

institutionelle Förderung. Aber sie passt nicht für alles und alle. Und selten beginnt eine Zusammenarbeit auf diese Weise. Eine institutionelle Förderung ist Ausdruck erprobter Nähe.

Du hast betont, wie wichtig die Unterstützung lokaler Partnerorganisationen bleibt. Man kann doch sehr wohl sagen, dass Vernetzungsarbeit für medico wichtiger geworden ist.

medico verfolgt diesen Ansatz schon lange, das zeigt zum Beispiel das starke Engagement im People's Health Movement. Aber tatsächlich hat sich der Vernetzungsgedanke im Zuge der Globalisierung und auch mit der Herausbildung neuer sozialer Bewegungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten verstärkt. So wie anfangs Weltsozialforen Ausdruck stärkerer transnationaler Vernetzung wurden, so hat sich auch bei uns etwas geändert. Ich würde allerdings niemals sagen, dass jetzt alles zu einem Netzwerk werden muss. Ob wir regionale Treffen von Partner:innen organisieren, grenzüberschreitende Treffen fördern, zu Konferenzen einladen oder wie in Südafrika ein Programm fördern, in dem mehrere und ganz unterschiedliche Partner:innen über Jahre zusammenarbeiten: Uns geht es dabei stets darum, Verbindungen zu schaffen und den Austausch von Erfahrungen und Perspektiven zu stärken. Auch der transnationale Newsletter, den es jetzt seit einem Jahr gibt, soll dazu beitragen, sich anders und besser miteinander in Dialog zu begeben. Es geht um einen Dialog, der nicht mehr nur auf eine deutsche, sondern eben auch auf eine transnationale Öffentlichkeit zielt. Dass sich dieses Verständnis stärker in unserer Arbeit umsetzt, ist gut. Und dass sich das nun auch in einem neuen Namen der Abteilung niederschlägt, passt dazu.

Interview: Christian Sälzer



Auch wenn das tägliche Ritual der brasilianischen Landlosenbewegung, die *Mistica* – eine Art Erntedank –, bei Karin Urschel auf Skepsis stieß, mit dem MST verbindet sie viel mehr als eine Arbeitsbeziehung.

17 GEMEINSAME JAHRE

Ein Rückblick

Als Karin Urschel vor 17 Jahren bei medico als Leiterin der Projektabteilung anfang, brachte sie einen eindrücklichen Berg am Erfahrung im Ausland mit. Für die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Vorgängerinnen hatte sie zuerst das Zentralamerika-Büro in El Salvador aufgebaut – das war noch zu Zeiten der Befreiungsbewegungen – und später das Büro in Brasilien. Ich bin mehrmals mit ihr in Brasilien gewesen und habe nicht nur von ihrer profunden Kenntnis der politischen Landschaft und der sozialen Bewegungen profitiert, sondern auch von ihrem klaren Verständnis für mögliche Gefahrensituationen. Sie erzählte hin und wieder die Geschichte, wie bewaffnete Jugendliche ihre Autotür geöffnet hatten und ihre Tasche stehlen wollten, und sie die Tasche so lange festhielt, bis der Trupp unverrichteter Dinge abzog. Sie habe dabei zwei Fehler gemacht. Erstens, das Auto nicht abgeschlossen und zweitens, die Tasche verteidigt. Aber manchmal kann man eben gegen seinen Charakter nicht an. Karin ist eine Frau, die sich nicht so leicht geschlagen gibt. Auch bei hohem eigenen Risiko.

Der Mut von Karin hat unsere Zusammenarbeit in den vielen medico-Jahren getragen. Dabei wurden manchmal Entscheidungen getroffen, die sie nicht teilte oder gern länger abgewogen hätte. Aber einmal gefallen, war es für sie nie eine Frage, dass sie alles daran setzen würde, die Sache zu einem guten und erfolgreichen Ende zu bringen: Die Einrichtung eines medico-Büros in Ramallah, darunter auch die Unterstützung für einen Büroleiter mit israelisch-jüdischer Herkunft, der unbedingt in Ramallah leben wollte, was hoch umstritten war; oder die Arbeiten in Haiti nach dem Erdbeben, deren Komplexität und die Fragilität der Partner:innen eine enorme Herausforderung darstellten und einen wichtigen Lernprozess in der Organisation auslösten. Ihre Idee war es, einhundert Haitianer:innen des Bauernverbands „Tet Kole“ auf die Schulen der brasilianischen Landlosenbewegung zu schicken, wo sie sowohl politische Bildung wie auch Ausbildung in ökologischem Landbau erhielten. Ganz nebenbei gab es auch noch Erfahrungen zu machen, wie eine nichtpatriarchale Organisationskultur aussehen kann. Alle einhundert Frauen und Männer kehrten nach Haiti zurück und sind – soweit wir wissen – im Bauernverband weiterhin aktiv. Dass es in einer so volatilen Situation wie in Haiti vielleicht besser ist, in Menschen und ihre Entwicklung zu investieren, als Häuser zu bauen, darauf war kaum eine Hilfsorganisation gekommen.

Karin Urschel hat medico entscheidend geprägt. Auf diesem Fundament lässt sich weiter bauen.

Katja Maurer

Wie der Fall der Mauer

Raubkunst, Rückgabe und Dekolonisierung:
Bénédicte Savoy im Utopischen Raum

Die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy segelte am 28. Oktober in den „Utopischen Raum“ im medico-Haus noch mit dem historischen Wind im Rücken, der sie von Paris nach Frankfurt getragen hatte. Am Tag zuvor nämlich hatte sie der feierlichen Übergabe des französischen Staates von 25 überlebensgroßen Statuen aus Benin beigewohnt, die als geraubte Kulturgüter aus der Kolonialzeit dem Herkunftsland zurückgegeben wurden. Savoy hatte mit dem senegalesischen Sozialwissenschaftler Felwine Sarr 2018 einen Bericht für die französische Regierung verfasst. Auf dieser Grundlage fand diese erste Übergabe statt. Für die Französin war dies ein bedeutsamer Tag. Sie verglich ihn mit dem Fall der Mauer.

In ihrem quicklebendigen Vortrag schilderte sie den langen Prozess der Debatten und Auseinandersetzungen um die Rückgabe der geraubten Güter insbesondere am Beispiel deutscher Museen. Deren Archive würden sehr viel hergeben, weil alles mit Aktennotizen dokumentiert sei. Dokumentiert sind damit vor allem die Wege und Mittel, mit denen die deutschen Museumsdirektoren die Rückgabe der Kulturgüter verweigerten – eine Forderung, die mit Beginn der Dekolonisierung vor allem in Afrika mit Nachdruck erhoben wurde. Savoy's Forschung passt gerade sehr gut in die generelle Aufarbeitung der Geschichte der deut-

schen Museen, wie sie beispielsweise das Deutsche Historische Museum in zwei Ausstellungen über die Geschichte der documenta und die Verwicklung ihres Gründers, Werner Haftmann, in den Nationalsozialismus sowie über die „Gottbegnadeten“ Künstler des Nationalsozialismus und deren unbekümmertes Weiterarbeiten in der Bundesrepublik betreibt.

Die kolonial geprägte Arroganz vieler Museumsdirektoren (die Verwendung des männlichen Generikums ist hier angebracht – es waren nur Männer) gegenüber Rückgabeforderungen aus den sich entkolonisierenden Ländern entpuppte sich in Savoy's Forschung als frappierend. Ihr zuhörend, fragte man sich, was geschehen wäre, wenn der Neuanfang dieser Länder auch mit der Rückgabe einhergegangen wäre und der damit verknüpften Anerkennung der Verantwortung der ehemaligen Kolonialherren für die begangenen Verbrechen. Es brauchte 50 Jahre bis heute, um erste Schritte in eine Richtung zu gehen, die den ehemaligen Kolonien ein Stück ihres kulturellen Erbes zurückgibt, dessen materielle Substanz sich fast komplett in den Museen und im Privatbesitz der ehemaligen Kolonialmächte befindet. Der Vergleich mit dem Mauerfall ist also nicht abwegig.

Dieser lange Kampf, den Savoy anhand wunderbarer Fundstücke illustrierte, ist auch ein



der utopische raum

es geht auch anders! – der utopische
raum im globalen frankfurt
inspiration für emanzipatorisches
denken und handeln

Teil der medico-Geschichte. Denn in den 1980er-Jahren gab es bereits eine öffentliche Kampagne für die Rückgabe der Kulturgüter, an der sich medico intensiv beteiligt hatte. Savoy zeigte Ausschnitte aus der damaligen Talkshow „Fünf nach Zehn“ im ZDF, die man sich allein wegen ihres offenen Endes im heutigen durchformatierten Fernsehen nicht mehr vorstellen kann. Es ging um Raubkunst. Eine illustre Runde aus vielen Experten und einer Expertin tauschte eben die Argumente aus, die auch heute noch im Raum stehen.

Savoy machte in ihrem Vortrag darauf aufmerksam, dass die über Jahrzehnte durchgehaltene Weigerung der Rückgabe der Werke (abgesehen von der Entschädigung) den Ländern nicht nur das eigene kulturelle Gedächtnis verweigerte – ganz im Sinne der imperialen Geschichtswissenschaften und ihrer Behauptung von der Geschichtslosigkeit der Kolonien. Sie schloss sie auch vom globalen Ausstellungsbetrieb aus. Dieser funktionierte über den Austausch von Leihgaben aus den eigenen Museumsbeständen. Man muss also von

einer systematischen Verweigerung von Teilhabe an den wie auch immer strittigen Errungenschaften der Moderne sprechen.

Katja Maurer

Bénédicte Savoy sprach im Rahmen des dritten Jahresprogramms der Debattenreihe „Der utopische Raum“, die von der stiftung medico international gemeinsam mit dem Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau organisiert wird. Das Jahresprogramm steht unter dem Motto „Kritik der kolonialen Denkungsart – Auf dem Weg zu einem transkulturellen Bewusstsein“. Der nächste Termin findet am 16.12. im medico-Haus statt. Titel: „Der NS und wir“ – Vortrag und Gespräch mit den Ausstellungskurator:innen Angela Jannelli und Gottfried Köbler vom Historischen Museum Frankfurt. Die Veranstaltungen werden alle live gestreamt über den medico-YouTube-Kanal.



1
NEU: Flyer und Plakat zur Kampagne #impfsoli



2
NEUAUFLAGE: Broschüre Globale Gesundheit



3



4



5



6



7



8

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:

www.medico.de/material

NEU: Flyer und Plakat zur Kampagne #impfsoli

Informationen zur Spendenkampagne. Den Schutz der Impfung kannst du nicht teilen, Solidarität mit denen, die keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, geschweige denn zu Impfstoffen haben, schon. Flyer im Postkartenformat und DIN A2-Plakat.

NEUAUFLAGE: Globale Gesundheit – 16-seitige

Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

3 Das Recht, nicht gehen zu müssen – (30 S.)

Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft –

(28 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

5 medico-rundschreiben 03/21 – (60 S.)

Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

6 medico-Jahresbericht 2020 – (48 S.)

Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

7 Inseln der Vernunft schaffen –

Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

8 Europa ist Exportweltmeister– 12-seitige

aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ich bestelle:

- _____ Flyer #impfsoli
 _____ DIN A2-Plakat #impfsoli
 _____ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen
 _____ Broschüre: Globale Gesundheit
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ medico-rundschreiben 03/21
 _____ medico-Jahresbericht 2020
 _____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen
 _____ Broschüre Exportweltmeister

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 oder faxen an [069] 43 60 02

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. Über 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen [DZI] bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden
Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: (069) 944 38-0, E-Mail: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
E-Mail: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
E-Mail: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! Im Netz können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle Debatten ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über Aktuelles und Kampagnen, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser neuer **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung! Alle Optionen gibt es unter medico.de/verbinden oder hier:



Wir sollen mit im Land hier wohnen frank und frei,
Vor jedem Anspruch sicher im Asyl der Stadt;
Es soll hinweg kein Fremdling, keiner aus dem Land
Uns führen; würde je Gewalt an uns versucht,
So solle, wer der Bürger nicht zu Hilfe eilt,
Ohn' Ehr erklärt sein und verbannt in Volkes Acht.

Aischylos, Die Schutzflehenden, ca. 433 v. Chr.*

*Im Jahr 2013 verwendete Elfriede Jelinek Aischylos' Stück als Grundlage und Ausgangsbasis für ihr Werk „Die Schutzbefohlenen“, das die menschenunwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Österreich thematisiert.